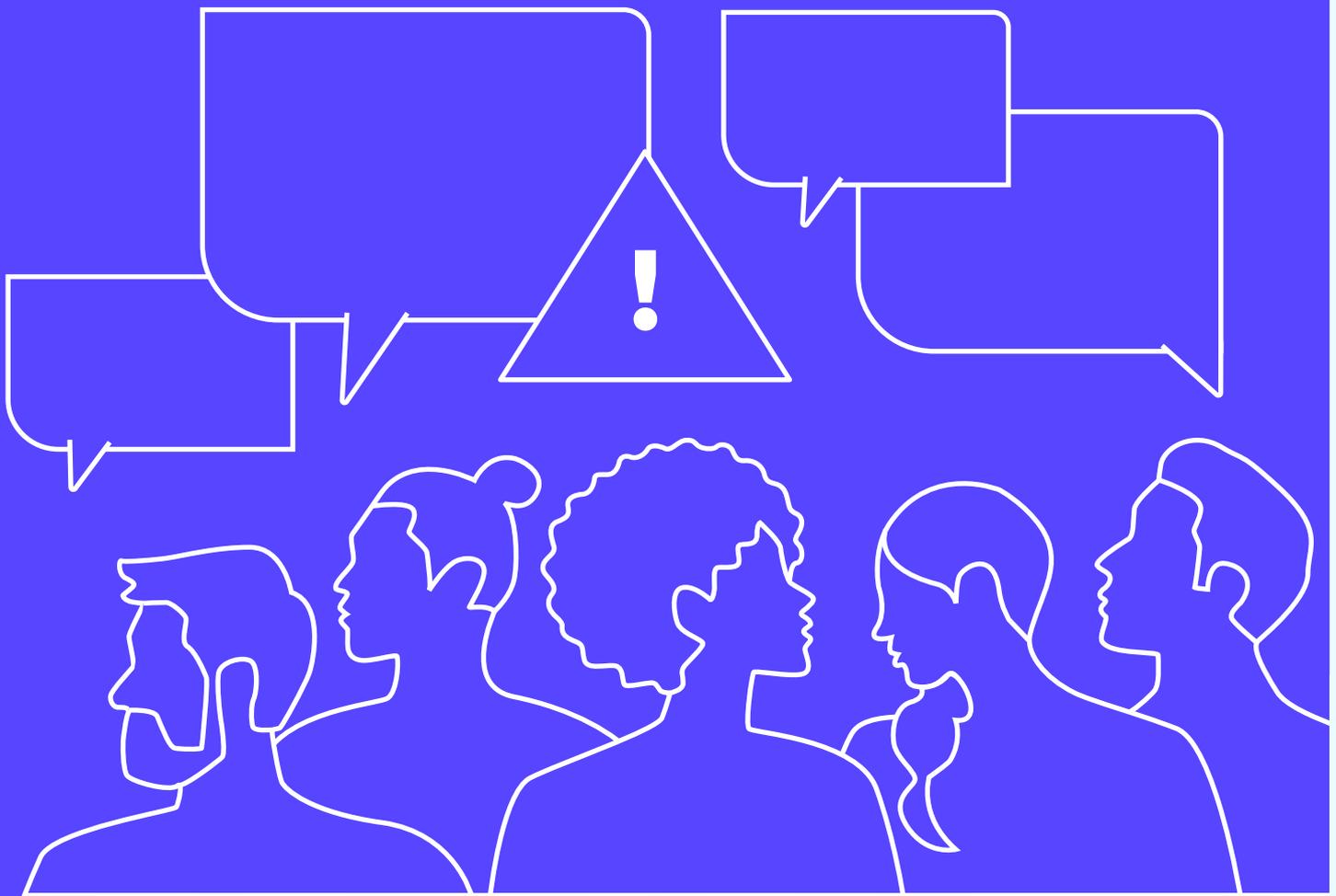


**Julian Nida-Rümelin**

# **Die Rolle der Zivilkultur in der Demokratie**



**Streit, Kooperation, Partizipation  
Studie für die Körber-Stiftung**

**„Ohne Zivilkultur,  
ohne eine alltägliche Praxis,  
die von Toleranz, Respekt  
und Kooperationsbereitschaft  
der Bürgerinnen und Bürger  
getragen ist, erodiert  
die Demokratie.“**

**Julian Nida-Rümelin**

# Vorwort



**D**ie liberale Demokratie ist vielfältigen Gefährdungen ausgesetzt. Herausgefordert wird sie durch populistische Anfeindungen, den Rückgang des Vertrauens in ihre Institutionen, die zunehmende soziale Ungleichheit und den fundamentalen Wandel der medialen Öffentlichkeit, um nur einige aktuelle Entwicklungen zu nennen. Ob es gelingt, die Risse zu kitten und die Grundlagen der Demokratie wieder zu stärken, ist nicht nur eine Frage starker Institutionen und guten Regierens, sondern vor allem auch an die Kultur der Mitwirkung in einer aktiven und dialogfähigen Bürgergesellschaft gebunden.

„Ohne Zivilkultur ist keine funktionale Demokratie möglich“, lautet ein Befund von Professor Julian Nida-Rümelin. Wird sie untergraben – so sein Credo –, hat das Folgen für die gesellschaftliche Ordnung: „Die Aushöhlung der Zivilkultur kann zu einer Krise der Demokratie führen.“

Was macht eine vitale und widerstandsfähige Zivilkultur aus? Wie gelingt es, mit verschiedenen Interessen und Meinungen, mit Dissens und Konsens umzugehen? Welche Bedeutung haben gegenseitige Anerkennung, Dialogbereitschaft, Toleranz und Verantwortungsübernahme? Diesen und weiteren Fragen, die für unser demokratisch verfasstes Zusammenleben essenziell sind, geht die vorliegende Studie nach, die der Autor im Auftrag der Körber-Stiftung verfasst hat.

Nach den vorangegangenen Jahresstudien zu den Herausforderungen der Demokratie während der Pandemie und der Bedeutung der digitalen Transformation für die demokratische Praxis nimmt Professor Nida-Rümelin in dieser dritten Untersuchung die zivilkulturellen Grundlagen der Demokratie intensiver in den Blick und schließt damit die Studienreihe „Stärkung der Demokratie“ ab. Dafür gebührt ihm unser herzlicher Dank.

Die Studie beleuchtet ein Thema, das uns in der praktischen Arbeit unserer Stiftungsprojekte im Bereich Demokratie, Engagement, Zusammenhalt besonders am Herzen liegt. Wir sind dort aktiv, wo die demokratische Praxis der Bürgerinnen und Bürger gelebt wird, vor Ort in den Städten und Gemeinden, den kommunalen „Herzkammern“ unserer Demokratie. In über zwanzig Kommunen und Landkreisen haben wir in den letzten Jahren deliberative Bürgerbeteiligungsformate durchgeführt, um Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft an einen Tisch zu bringen und gemeinschaftliches Handeln zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort anzustoßen.

Tätig sind wir auch dort, wo unsere vielfach von Ehrenamtlichen gestaltete Demokratie gegen Angriffe verteidigt werden muss, mit „Stark im Amt“ und „Respekt im Rat“ haben wir zwei vielfach nachgefragte Angebote zur Unterstützung der Menschen entwickelt, die kommunalpolitisch aktiv sind.

Wir sind uns sicher, dass die vorliegende Studie der Debatte um die Stärkung der Demokratie erneut wichtige Impulse geben wird, und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr  
**Dr. Lothar Dittmer**  
Vorsitzender des Vorstands der Körber-Stiftung

# Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	3
Einleitung	5
<hr/>	
<b>1</b> Zivilkultur in der Demokratie: Historische Hintergründe	<b>6</b>
1.1 Theorie	6
1.2 Die liberale Vernachlässigung der Zivilkultur	8
1.3 Die kommunitaristische Herausforderung des Liberalismus	9
<hr/>	
<b>2</b> Zivilkultur in der Demokratie: Systematische Analyse	<b>13</b>
2.1 Demokratie als Kooperation	13
2.2 Dissens und Konsens in der Zivilkultur	15
2.3 Die Einheit der Person	17
<hr/>	
<b>3</b> Aktuelle Tendenzen	<b>20</b>
3.1 Der öffentliche Diskurs in der Zivilkultur	20
3.2 Öffentliche Räume in der Zivilkultur	22
3.3 Kulturelle Transzendenz	25
<hr/>	
<b>4</b> Implikationen für die politische Praxis (Empfehlungen mit Fokus Kommunalpolitik)	<b>30</b>
4.1 Partizipative Demokratie in der Kommune	30
4.2 Kulturelle Praxis in der Kommune	32
4.3 Zivilkultur in der Kommune	34
<hr/>	
<b>5</b> Forderungen für die (Kommunal-)Politik	<b>38</b>
<hr/>	
Literaturhinweise zur Thematik der Studie	38

# Executive Summary

**D**ie hohe Relevanz der Zivilkultur für eine vitale Demokratie ist kein modernes Phänomen. Bereits seit der Antike ist die Vertragsidee ein Grundgedanke des politischen Denkens. Bürgerinnen und Bürger schließen einen Vertrag mit den anderen Bürgerinnen und Bürgern, um eine politische Ordnung zu etablieren und ihre öffentlichen Angelegenheiten in gemeinsamer Verantwortung zu regeln. Für Aristoteles beruht die *polis*, der griechische Stadtstaat, auf freiwilliger Kooperation. Auch der moderne Staat benötigt mehr als Rechtstreue. Die Form des Umgangs in der jeweiligen Lebenswelt, Rücksichtnahme gegenüber unterschiedlichen Lebensformen und religiösen sowie weltanschaulichen Bindungen, Herkunft und Muttersprachen ist für die Zivilkultur in der – multikulturellen – Demokratie wesentlich. Ein gemeinsamer Bestand an Normen des Umgangs miteinander, der die Würde der einzelnen Person respektiert und die kulturellen Prägungen überwölbt, eine Alltagskultur des Humanismus ist unverzichtbar für die Demokratie. Auch die Erfahrung der Gemeinschaft, etwa in Vereinen, Gemeinden, lokalen Initiativen und Nachbarschaften, Möglichkeiten des Austauschs auch jenseits der eigenen Familie, der Schule oder Hochschule und des Arbeitsplatzes sind für die demokratische Zivilkultur wichtig. Eine entwickelte Zivilkultur bildet das kulturelle und gesellschaftliche Fundament der Demokratie, die diese jedoch nicht garantieren kann. Es liegt an den Bürgerinnen und Bürgern selbst, ob ihre Praxis die Demokratie stärkt oder gefährdet.

Dabei sind die Bürgerinnen und Bürger nicht faktisch gleich, sie unterscheiden sich nach sozialer und kultureller Herkunft, nach Geschlecht, Fähigkeiten, Interessen und Begabungen, Körpergröße und Aussehen, aber zugleich sind sie sich hinreichend ähnlich, um keine Herrschaftsordnung von Natur, also eine natürliche Über- und Unterordnung, zu akzeptieren. Somit stiftet nur die Zustimmung der Freien und Gleichen eine legitime politische Ordnung. Sie hat drei Quellen: die Notwendigkeit gemeinsamer, kollektiver Entscheidungen, die Unverzichtbarkeit einer Rechtsordnung, die individuelle Rechte sichert und

kollektives Entscheiden ermöglicht, und den gemeinsamen Wunsch kollektiver Selbstbestimmung.

Weil die Bürgerinnen und Bürger der Demokratie nicht gleich sind, haben sie je eigene Interessen und Meinungen. Diese müssen in der Interaktion und Kommunikation transzendiert werden, um eine gemeinsame politische Praxis zu ermöglichen. Die Kriterien des angemessenen Ausgleichs sind dabei selbst Teil der politischen Praxis, sie lassen sich nicht extern durch Expertise und Experten etablieren. Diese leisten lediglich einen Beitrag zur begrifflichen und normativen Klärung. Sie können helfen, die zu erwartenden Folgen und Nebenfolgen abzuschätzen, sie können auf Wertungskonflikte aufmerksam machen, den Blick auf Phänomene richten, die im öffentlichen Diskurs vernachlässigt werden, Minderheiten, aber auch schweigenden Mehrheiten eine Stimme geben, aber sie können den politischen Prozess selbst nicht ersetzen. Denn das wäre das Ende der Demokratie. Ohne Toleranz kann es in der Demokratie keine Diversität der Lebensformen, Überzeugungen, Werte und Normen geben. Ohne Diversität ist jedenfalls eine multikulturell verfasste Demokratie nicht lebensfähig. Ohne eine politische Kommunikation, die diese Diversität abbildet, Minderheitenmeinungen respektiert, Personen mit abweichenden Meinungen nicht ausgrenzt, die das Argument als solches ernst nimmt, die den Diskurs nicht mit einem Machtspiel verwechselt, mit anderen Worten: ohne die Zivilkultur des Respekts gibt es keine vitale und substanzielle Demokratie.

Zum anderen gelten für die Zivilkultur in der Demokratie Transparenzverpflichtungen. Diese stärken nicht nur die politische Meinungsbildung und Partizipation der Bürgerschaft sowie der Zivilgesellschaft, sondern lösen die öffentlichen Verwaltungen zunehmend aus ihrer traditionellen Rolle als bloße Gesetzes-Anwender heraus. Sie sind Adressaten des Bürgerwillens, insbesondere in den Kommunen, sie werden politisch verantwortlich gemacht, nicht nur über die Mitglieder des Rates, sie stehen im Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, örtlichen Initiativen und Eingaben aus der Bürgerschaft. Die Demokratie hat die Chance, sich auf diesem Wege zu revitalisieren,

die Verantwortung für öffentliche Güter in der politischen Sphäre zu stärken und öffentliche Räume als Essenz der Zivilkultur zurückzugewinnen.

Besonders in der kommunalen Demokratie geht es um kollektive Selbstbestimmung der Gleichen und Freien, um die Bestimmung dessen, was für uns gut ist, in den Grenzen, die individuelle Rechte, Fairness und Gerechtigkeit ziehen. Gerechtigkeit als höchste politische Tugend integriert dabei Freiheit, Gleichheit und kollektive Rationalität. Die deliberative Praxis bewährt sich in der Kommune in dem steten Fluss von politischen Kommunikationen innerhalb und außerhalb politischer Institutionen, im Stadt- oder Gemeinderat, im Austausch zwischen Gewählten und in der Verwaltung beruflich Tätigen, in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Die kulturelle Praxis in den Kommunen sollte Demokratie als Interaktion und Kooperation verstehen, sie sollte insofern einen Paradigmenwechsel realisieren, weg von der Befriedigung vermuteter Bedürfnisse von Einzelnen oder Gruppen im jeweiligen Stadt- oder Gemeinde-

viertel, hin zur Schaffung von Orten der Begegnung und des Austauschs. Entgegen einer in der Kulturpolitik weitverbreiteten Rhetorik kann von einem vollzogenen Paradigmenwechsel in diese Richtung bisher nicht die Rede sein. Die urbanen Gesellschaften der Zukunft, wie groß oder klein sie auch sein mögen, sind jedoch darauf angewiesen, dass über die jeweiligen partikularen Zugehörigkeiten und Zuschreibungen hinaus eine vitale Bürgerschaft entsteht, die Neuankömmlingen Identifikation ermöglicht und Ortsansässigen eine Heimat ist.

Kulturelle Transzendenz stellt sich in der Begegnung unterschiedlich geprägter Individuen ein, unabhängig, ob diese Diversität durch regionale Herkunft, kulturelle Prägung, partikulare Lebensformen oder Weltanschauungen bestimmt ist. Es sind nicht primär die Interessen von Gruppen zu befriedigen, die oft gut organisiert und im öffentlichen Auftreten geschult sind, sondern das gemeinsame Interesse der Stadtgesellschaft an einer inklusiven Interaktion und Kooperation vor Ort. ↩

# Einleitung

**D**ie Aushöhlung der Zivilkultur kann zu einer Krise der Demokratie führen. Der Run auf das Kapitol am 6. Januar 2021, aber auch die gesamte Präsidentschaft Trump über vier Jahre haben das illustriert. Mit den Entwicklungen in Brasilien, der Türkei, Ungarn oder Polen, aber auch in Indien, von Russland ganz zu schweigen, gibt es weitere, besorgniserregende Beispiele. Wie kann die demokratische Zivilkultur gestärkt, erneuert, ja in manchen Ländern wiederbelebt werden? Welche normativen Implikationen liegen ihr zugrunde? Und welche praktischen Maßnahmen und Schlüsse lassen sich aus einem solchen Befund ziehen? Solche Fragen versucht diese Studie unter anderem zu erörtern. Sie möchte zu einer Stärkung der Demokratie beitragen.

Die Studie kann als direkte programmatische Nachfolgerin ihrer beiden Vorgängerstudien angesehen werden. In der 2021 veröffentlichten ersten Studie *Demokratie in der Krise. Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie* wurden langfristige Visionen und eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gefordert. Dabei wurden zwölf Anforderungen formuliert, die unsere Demokratie in Zukunft resilienter im Umgang mit Krisen werden lassen sollen.

Aus einigen dieser Forderungen ergab sich dann in direktem Anschluss die zweite Studie aus dem Jahr 2022 mit dem Titel *Demokratie in der digitalen Transformation*. Dabei ging es um die Frage: Wie gelingt die digitale Transformation und wie kann sie unsere demokratische Praxis bereichern? Wie kann die Repräsentativität und Inklusivität der Demokratie durch digitale Prozesse gestärkt werden?

Beide Untersuchungen haben das Thema zu dieser dritten Studie quasi direkt vorgegeben: Ohne Zivilkultur ist keine resiliente und vitale Demokratie möglich.

Um diese These zu erläutern, werden in einem ersten Teil die historischen Hintergründe aufgezeigt, wobei ein besonderes Augenmerk auf die liberale Vernachlässigung der Zivilkultur und die kommunitaristische Herausforderung des Liberalismus gelegt wird.

Das ist dringend angezeigt, weil nur so die im zweiten Teil folgende systematische Analyse korrekt eingeordnet und nachvollzogen werden kann. Dabei werden die Aspekte „Demokratie als Kooperation“, „Dissens und Konsens in der Zivilkultur“ und „die Einheit der Person“ behandelt.

Im dritten Teil wird die historische und systematische Analyse auf aktuelle Tendenzen angewendet. Hier geht es um den öffentlichen Diskurs in der Zivilkultur, um öffentliche Räume in der Zivilkultur und um kulturelle Transzendenz, also die Fähigkeit der einzelnen Person, ihre kulturelle Prägung so weit zu relativieren und Distanz zu ihr zu gewinnen, dass sie in der Lage ist, mit Personen anderer kultureller Identitäten erfolgreich zu kommunizieren und zu interagieren.

Im letzten Teil werden Schlussfolgerungen für die politische Praxis gezogen, für eine partizipative Demokratie und eine offene kulturelle Praxis in den Kommunen.

Die Studie richtet sich an (Kommunal-)Politikerinnen und Politiker, Zivilgesellschaft und Wissenschaft gleichermaßen; sie soll das Spannungsverhältnis zwischen normativer Demokratietheorie und den praktischen Folgen für die (Kommunal-)Politik auflösen. ↩

Wir möchten uns herzlich beim Bayerischen Forschungsinstitut für digitale Transformation für die Ausrichtung des Workshops „Die Rolle der Zivilkultur in der Demokratie“ am 17.2.2023 in München bedanken. Besonderer Dank an die Referentinnen und Referenten Jürgen Pfeffer, Astrid Seville, Oliver Posegga, Anna Kerkhof, Jörg Haßler und Dirk Heckmann.

# 1 Zivilkultur in der Demokratie: Historische Hintergründe

## 1.1 Theorie

Im modernen politischen Denken wird die Rolle der kulturellen Praxis für die Demokratie weitgehend ignoriert, jedenfalls unterschätzt. Doch tatsächlich ist die Demokratie auf eine Zivilkultur angewiesen, ohne die sie erodiert. Die historischen Belege für diese These sind zahlreich. So fehlte sie der Weimarer Republik von ihrem Anbeginn in der vom Ersten Weltkrieg verursachten Revolution gegen Kaiser, Feudalherrschaft, Klerus und Generalität. Aus Sicht der Kommunisten war die Revolution nicht erfolgreich, Räterepubliken blieben eine Episode und das leninistische Russland wurde nicht zum Vorbild der neuen politischen Ordnung. Die parlamentarische Demokratie setzte sich durch und zwang die Sozialdemokratie als neue Republik-Partei zu politischen Bündnissen gegen die linken Radikalen, die ihr bis heute vorgehalten werden. Aber das Bürgertum, auch das Bildungs- und nicht nur das Besitzbürgertum, blieb skeptisch. Es akzeptierte die Demokratie als unvermeidbaren Preis eines verlorenen Krieges, aber es war weder an der Revolution gegen die alten Eliten noch an der Verteidigung der Demokratie gegen ihre Bedrohung von rechts wesentlich beteiligt. Die bürgerlichen Parteien stimmten folgerichtig dem Ermächtigungsgesetz, das Hitler zum Reichskanzler machte und die Demokratie beerdigte, zu. Kurzum: Der Weimarer Demokratie fehlte die notwendige zivilkulturelle Grundlage.

Doch was verstehen wir unter Zivilkultur? Dazu ist ein kurzer historischer Exkurs notwendig. *Civis* ist in der Römischen Republik der Bürger, der in Rom an den politischen Angelegenheiten der Stadt beteiligt ist. Im fast 1000 Jahre währenden sogenannten „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ war nicht von *cives*, den Bürgern, die Rede, sondern von *nationes et gentes* (wörtlich: Völker und Geschlechter, gemeint sind dynastische Familien). Das mittelalterliche und neuzeitliche Kaiserreich, das bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts existierte, kannte kein Bürgertum. Thomas Hobbes, kein Demokrat, hatte als Reaktion auf dreißig Jahre währende Konfessionskriege die Konzeption eines *status civilis*, eines bürgerlichen Zustands, entwickelt. Damit war eine staatliche Friedensordnung

gemeint, in der die Konflikte durch eine Zentralgewalt, die allein über Gewaltmittel verfügt, gelöst werden und die Frage, was gerecht ist, durch Gesetzgebung beantwortet wird.

Hobbes gilt gemeinhin als absolutistischer Theoretiker, aber er war zugleich ein liberaler Vordenker, der erwartete, dass ein ziviler Friede das Aufblühen von Wissenschaft, Technik, Wirtschaft in den Staaten ermöglichen würde. Mit anderen Worten: Er setzte auf das Wirken der Zivilkultur. Hobbes ist ein exemplarisch moderner Denker: Zum einen bricht er so radikal wie kaum jemand vor oder nach ihm mit dem tradierten, noch aristotelisch geprägten Weltbild und konzipiert eine originelle Konflikttheorie und ein völlig neues Staatsverständnis. Zum anderen entwickelt er seinen Vertrag *Aller mit Allen*, in dem er Konstitution, Etablierung und Aufrechterhaltung einer staatlichen (Friedens-)Ordnung auf den singulären Akt der Übertragung aller Gewaltmittel an eine Zentralinstanz zurückführt: Ich bin bereit, meine Gewaltmittel an die zentrale Instanz abzugeben, wenn du bereit bist, deine Gewaltmittel an die zentrale Instanz abzugeben etc.; der Repräsentant der Zentralgewalt, sei es ein Fürst oder auch eine Versammlung, ist nicht Vertragspartner und bleibt daher auch in seinen Entscheidungen frei. Der zivile Staat ist eine Zwangsordnung zur Friedenssicherung und daher – scheinbar – unabhängig von kulturellen Bedingungen.

Hobbes war sich allerdings der Begrenztheit seines Ansatzes bewusst. In Kapitel 13 im *Leviathan*, das sich mit den Konfliktursachen auseinandersetzt, die zum berühmten Krieg aller gegen alle ohne eine staatliche Zwangsordnung, also im Naturzustand, führen, spricht er vom fehlenden Vertrauen ineinander, was eine kooperative Lösung der Konflikte ausschliesse. Im zivilen Staat dagegen gibt es ein Grundvertrauen, das durch Gesetze und deren Sanktionierung gestiftet wird. Er geht also ab von der Idee des Menschen als eines eigenorientierten Interessenoptimierers, was im Naturzustand zum Krieg aller gegen alle und damit in die Katastrophe führt. Im zivilen Zustand haben die Bürger Grund, einander zu vertrauen, sie können sich darauf verlassen, dass Menschen auch dann Vereinbarungen und Verträge einhalten, wenn

diese Einhaltung nicht im eigenen Interesse ist. Man könnte diesen Befund auch so zusammenfassen: In der zivilen Ordnung ändert sich die kulturelle Praxis der Interaktion, es entsteht Vertrauen, Kooperationsbereitschaft, während Ruhmsucht und Dominanzstreben obsolet werden. Der Mensch bleibt sich gleich, aber seine Neigung zu rücksichtsloser Durchsetzung eigener Interessen, auch seine Gewaltbereitschaft werden unter den neuen Bedingungen des bürgerlichen Staates nicht mehr wirksam. Der oft genug gewaltsam ausgetragene Konflikt um knappe Güter transformiert sich in Angebot und Nachfrage auf Märkten, und mangels der Verfügbarkeit von Gewaltmitteln erübrigt sich das Streben nach Herrschaft und Ruhm.

Halten wir fest, was davon Bestand hat und was von der Geschichte widerlegt wurde: *Bestand hat die These, dass ein funktionierendes staatliches Gewaltmonopol befriedet.* Ohne staatliches Gewaltmonopol droht der Rückfall in das atavistische Recht des Stärkeren, in Gewalt, permanente Unsicherheit und Krieg. Nun ist das staatliche Gewaltmonopol in der modernen Demokratie nicht ausschließlich, ja nicht einmal primär durch die Verfügung über Gewaltmittel in einer staatlichen Zentralinstanz gesichert. Moderne Demokratien sind gewaltenteilig, und ihre obersten Autoritäten verfügen oft nicht über Polizeikräfte, ihre Wirksamkeit entfaltet sich durch

### Rechtsstaat

In einem Rechtsstaat haben die Menschen Grundrechte, die der Staat respektieren und schützen muss. In Deutschland sind sie niedergelegt in den Artikeln 1–19 des Grundgesetzes. Verwaltung und Justiz müssen sich an die von den gewählten Parlamenten gegebenen Gesetze halten. Auch die Legislative ist an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden. Zur Rechtsstaatlichkeit gehören die Gewaltenteilung, die Gewährleistung der Rechtssicherheit und die Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns.<sup>1</sup>

einen normativen Grundkonsens. So trifft beispielsweise das Bundesverfassungsgericht Urteile darüber, ob ein Gesetz verfassungskonform ist, und sollte es zum Ergebnis kommen, dass es gegen Grundrechte verstößt, kann es dieses verwerfen. Die Wirksamkeit eines solchen Urteils beruht auf seiner Akzeptanz in der politischen und rechtlichen Praxis. Diese allgemeine Akzeptanz muss gegeben sein, auch völlig unabhängig davon, ob es eine inhaltliche Übereinstimmung gibt.

Als das Bundesverfassungsgericht sein berühmtes Urteil zum Aufhängen von Kreuzen in Schulen fällte, gab es dagegen von klerikaler und konservativer Seite massive Widerstände. Der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber kündigte an, dass in seinem Land dieses Urteil nicht umgesetzt würde. Eine solche Ankündigung, so verständlich sie aus der Verärgerung über ein nach seiner Auffassung falsches Urteil des Bundesverfassungsgerichts sein mag, erschüttert die staatliche Friedensordnung, denn das Bundesverfassungsgericht verfügt nicht über Gewaltmittel, es verfügt nicht über Polizeikräfte, um seine Urteile gegen staatlichen Widerstand durchzusetzen. Ausschlaggebend ist dabei nicht der Konsens über Inhalte von Gesetzen oder Gerichtsentscheiden, sondern die allgemeine Akzeptanz der demokratischen Ordnung. *Mit anderen Worten, es ist ein Konsens höherer Ordnung, der für den zivilen Frieden ausschlaggebend ist.* Dieser bezieht sich nicht auf die Inhalte, sondern auf die Verfahren: Wie ist es zu dem Gesetz oder zu dem Gerichtsurteil gekommen? Wenn die für die jeweilige Demokratie vorgesehenen Verfahren eingehalten sind, dann entwickeln ihre Ergebnisse eine normative Kraft: Sie verpflichten die Bürgerinnen und Bürger der Demokratie.

Im Jahre 399 v. Chr. wurde Sokrates von einer Gerichtsversammlung zum Tode verurteilt. In der Darstellung von Platon war dieses Urteil zutiefst ungerecht. Und dies mag dazu beigetragen haben, dass im zweiten Gerichtsbeschluss, der das Strafmaß betraf, der Anteil unter den Mitgliedern der Gerichtsversammlung, die die Todesstrafe forderten, sogar höher lag, als in der ersten Abstimmungsrunde, als es darum ging festzustellen, ob Sokrates schuldig ist oder nicht. Im *Kriton*-Dialog, dem zweiten Dialog Platons, unterhält sich Sokrates

mit einigen seiner Schüler. Diese, wohl oft aus einflussreichen und wohlhabenden Familien stammend, haben alles vorbereitet, damit Sokrates das Gefängnis verlassen und der Todesstrafe entgehen kann. Doch Sokrates schlägt das aus, einmal weil der Tod für ihn, der nun schon alt ist und lange gelebt hat, kein Übel sei, vor allem aber, weil er meint, verpflichtet zu sein, dieses ungerechte Urteil zu akzeptieren. Schließlich sei er Bürger Athens und habe damit ihren Gesetzen zu gehorchen. Ja, er spricht von einem Vertrag, den man als Bürger Athens eingeht und der Mitwirkungsmöglichkeiten einschließt, aber eben auch Bürgerpflichten.

Das antike Beispiel zeigt: Die Vertragsidee ist in der Geschichte des politischen Denkens keineswegs ein neuzeitliches Phänomen. Ich schliesse einen Vertrag mit den anderen Bürgerinnen und Bürgern einer Demokratie, wenn ich in ihr lebe und an ihr mitwirke. Ihre Gesetze sind nicht deswegen verpflichtend, weil sie mit Sanktionsgewalt ausgestattet sind, sondern weil sie legitim sind. Diese Legitimität hat zwei Seiten, einmal die prozedurale und zum anderen die Seite ihrer Verfassungsmäßigkeit.

---

➔ **Ohne die Erfahrung der Gemeinschaft, ohne die Bereitschaft sich einzubringen kann es keine vitale Demokratie geben.**

---

Doch haben dann nicht diejenigen liberalen Theoretiker recht, die meinen, dass die Loyalität zur Verfassung in der Demokratie ausreichen muss, um den zivilen Frieden zu sichern? Das berühmte Diktum Ernst-Wolfgang Böckenfördes, die Demokratie lebe von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren könne, meint mehr: Ohne die Erfahrung der Gemeinschaft, zum Beispiel in Kirchengemeinden, Nachbarschaften, Sportvereinen, im gesellschaftlichen und politischen Engagement, in der Bereitschaft sich einzubringen, sich auszutauschen und das Gemeinwohl zu fördern, kann es keine vitale Demokratie geben.

## 1.2 Die liberale Vernachlässigung der Zivilkultur

Die Hobbes'sche Trennung des Politischen und des Kulturellen bleibt das Signum des modernen politischen Denkens, was sich besonders eindrücklich bei John Rawls und Jürgen Habermas zeigt. In den USA gilt Rawls als der bedeutendste philosophische Repräsentant des politischen Liberalismus. Es ist hier nicht der Ort, das komplizierte Verhältnis zwischen politischen Strömungsbildern in der Demokratie und den verschiedenen Paradigmen der politischen Theorie zu erörtern. Tatsächlich weichen die politischen Parteien und Positionen teilweise weit von den politikwissenschaftlichen und philosophischen Paradigmen ab. Das, was zum Beispiel heute als linksliberal propagiert oder kritisiert wird, ist streng genommen nicht liberal, sondern kommunitaristisch. Das wird im Folgenden noch eine Rolle spielen. Aber unabhängig von diesen Differenzierungen kann man sagen, dass der politische Liberalismus die *Trennung des Politischen und des Kulturellen* als Programm hat. In der Theorie von John Rawls äußert sich dies in der These, dass die politische Gerechtigkeit von den unterschiedlichen religiös oder weltanschaulich geprägten Moraldoktrinen (er spricht von *comprehensive moral doctrines*) unabhängig sei und zugleich als ein *overlapping consensus* verstanden werden könne. Die Idee ist, dass die Prinzipien politischer Gerechtigkeit aus unterschiedlichen weltanschaulichen, religiösen und kulturellen Sichtweisen gleichermaßen akzeptabel sind und damit die politische Sphäre von diesen nicht abhängig ist.

In der Demokratietheorie von Jürgen Habermas nimmt diese Trennungsthese eine andere Form an. Die deliberative Demokratie wird als eine Diskursgemeinschaft verstanden, in der die Bürgerinnen und Bürger über den Austausch von Argumenten klären, welche Regeln den unterschiedlichen Interessenstandpunkten gleichermaßen gerecht werden und daher sich auf einen rationalen Konsens (idealerweise) stützen können. Das Partikulare, die Ethik der jeweiligen Lebensform, wird vom Universellen, der Moralität, die universelle Geltung beansprucht, getrennt. Nur Letzteres ist dem rationalen Diskurs zugänglich, Ersteres ist ihm entzogen.

So unterschiedlich diese beiden Theorien sind, sie beschreiben mit verschiedenen Begriffen und philosophischen Grundierungen ein wesentliches Merkmal moderner Demokratie: Diese muss mit unterschiedlichen Lebensformen, Weltanschauungen, Gemeinschaftsbildungen etc. verträglich sein. Die moderne Demokratie kann sich nicht auf gemeinsame Glaubenssätze, klerikale Autoritäten oder eine geteilte Sittlichkeit stützen. Sie erlaubt den Individuen unterschiedliche Lebensformen zu praktizieren, mit weit voneinander abweichenden Werten und Normen, die keiner öffentlichen Billigung oder Rechtfertigung bedürfen. Das Partikulare ist in den Grenzen der staatlichen Kontrolle und Sanktion dem öffentlichen Diskurs entzogen.

In der Tat ist das die ursprüngliche Einsicht des europäischen Liberalismus, dass die Autonomie des menschlichen Individuums in der staatlichen Ordnung die Trennung des Öffentlichen und des Privaten verlangt. Solange die individuellen Entscheidungen, Präferenzen, Bindungen einer staatlichen Kontrolle unterliegen oder auch nur derjenigen einer vor- oder außerstaatlichen Gemeinschaft, ist das Individuum in seiner Entfaltung gehindert. Es muss auf die Kriterien der Achtung und Verachtung anderer Rücksicht nehmen, es muss sich gegenüber anderen rechtfertigen, es kann sich nicht der Kontrolle entziehen.

Die mittelalterliche Dorfgemeinschaft war über ihre Mitglieder jeweils bestens informiert und sanktionierte abweichendes und unerwünschtes Verhalten unerbittlich. Der Pranger war dafür eine pseudo-juridische Institution. Insofern gibt es eine enge Verbindung zwischen Demokratie und dem Aufkommen urbaner Lebensformen im Hochmittelalter und der frühen Neuzeit, mit der Möglichkeit der Anonymität in der Stadt, der Flucht aus der dörflichen Gemeinschaft, des Rückzugs ins Private. Die Stadt als Ort der Freiheit, für die oft genug der Preis der Vereinzelung zu entrichten ist. Die Trennung des Öffentlichen und des Privaten als Grundprinzip jeder liberalen Staatlichkeit hat ihren Ursprung in der urbanen Kultur. Auch die modernen Rechtsordnungen garantieren diese Trennung, etwa in Gestalt der Unverletzlichkeit der Wohnung und des privaten Lebensbereichs.

Seit den späten 1960er Jahren wird in unterschiedlicher Akzentuierung behauptet, dass das Private politisch sei und das Politische privat. Wenn damit gemeint ist, dass die jeweilige politische Ordnung einen Einfluss darauf hat, wie man sein privates Leben gestalten kann, und umgekehrt, dass die private Lebensgestaltung durchaus politische Implikationen hat, dann ist dem schwerlich zu widersprechen.

---

### → Die Autonomie des menschlichen Individuums verlangt in der staatlichen Ordnung die Trennung des Öffentlichen und des Privaten.

---

Wenn daraus allerdings der Schluss gezogen wird, dass die liberale Trennung des Öffentlichen und des Privaten obsolet sei, dass in Zukunft die Menschen kein Recht mehr auf eine Privatsphäre hätten, dass sie sich jederzeit und zu jedem Ort gegenüber Dritten, auch gegenüber Unbekannten oder gegenüber einer medialen Öffentlichkeit für ihr privates Leben verantworten müssten, dann wird die humanitätssichernde Rolle einer geschützten Privatsphäre deutlich.

Es ist ein Charakteristikum linker wie rechter Demokratiefeinde, dass sie diese Trennung im politischen Engagement und in der angestrebten oder realisierten staatlichen Ordnung nicht akzeptieren. *Im Extrem löst sich das Private im Totalitarismus vollständiger politischer und staatlicher Kontrolle auf.*

### 1.3 Die kommunitaristische Herausforderung des Liberalismus

In den 1980er Jahren entstand eine Gegenbewegung zum liberalistischen Mainstream in den USA und davon ausgehend auch in europäischen Ländern und der internationalen politischen und intellektuellen Debatte: der sogenannte Kommunitarismus. Er nimmt seinen Ausgangspunkt bei John Rawls'

Konzeption eines politischen Liberalismus, wohl vor allem deswegen, weil Rawls mit seiner Gerechtigkeitstheorie die Debatte zumindest in den USA, aber auch in weiten Teilen Europas und in den internationalen Journalen dominiert. Michael Sandel kritisiert die philosophischen Grundlagen des Liberalismus in seinem 1982 erschienenen Buch *Liberalism and the Limits of Justice*. Berühmt geworden ist seine These, dass der Liberalismus ein *unencumbered self* voraussetze, also auf der Konzeption einer Person beruhe, die ohne Einbettungen und Bindungen ist und lediglich ihre eigenen Interessen optimiere.

In der Tat hat auch John Rawls seine Theorie der Gerechtigkeit auf diese Annahme gestützt, allerdings ist diese, im Gegensatz zu anderen liberalen Gerechtigkeitstheorien wie denjenigen von James Buchanan, Robert Nozick oder David Gauthier, nicht durchgängig individualistisch. In ihr wird viel von Gruppen gesprochen, die nicht diskriminiert werden dürfen, auch die Gerechtigkeit einer gesellschaftlichen Grundstruktur bemisst sich am Lebensstandard der am schlechtesten gestellten Gruppe, ja verlangt von den Bürgerinnen und Bürgern einer „fast gerechten“ Gesellschaft Kooperationsbereitschaft und die Einbettung der eigenen Lebenspläne in die institutionellen Strukturen der Gerechtigkeit. Obwohl also dieser Aufschlag der kommunitaristischen Kritik des Liberalismus sich gegen den falschen Proponenten wendet, trifft er ins Mark der Idee, eine liberale Gesellschaft bestünde aus Individuen, die ihr Eigeninteresse optimieren, dabei zwar bereit sind, Regeln der Fairness zu beachten, für die Gemeinschaftsbindungen jedoch keine Rolle spielen.

Im Laufe der 1980er Jahre wurden zahlreiche empirische Studien erstellt, die feststellten, dass entgegen einem verbreiteten Selbstbild liberaler Gesellschaften die Menschen sich sehr stark über persönliche Bindungen – Familie, Freundschaften, gemeinschaftliche Aktivitäten, Zugehörigkeit zu Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften – definieren, so zum Beispiel Robert Bellahs berühmte Studie *Habits of the Heart* aus dem Jahr 1985.

*Mit anderen Worten: In liberalen Gesellschaften kommt es zu einem Konflikt zwischen den tatsächlichen*

*Präferenzen der Menschen, ihrer Alltagspraxis und ihrer kulturellen Identität einerseits und der individualistischen Sicht einer Marktgesellschaft, die nur notdürftig durch gesetzliche Regelungen zusammengehalten wird, die Vertragssicherheit schafft und Straftaten vorbeugt.*

Der Soziologe Robert Putnam liefert dazu internationale Studien, zunächst am Beispiel Italiens, die das sogenannte *Sozialkapital einer Gesellschaft* bemessen und feststellen, dass es zwischen ökonomischem Erfolg und Kooperationsbereitschaft auch jenseits der eigenen Familie, zum Beispiel in Gestalt von Engagement in Vereinen und Gemeinschaften, einen Zusammenhang gibt. Das soziale Kapital, so könnte man sagen, entscheidet wesentlich über den ökonomischen Erfolg. Was insbesondere im Vergleich von Nord- und Süditalien eine hohe Plausibilität hat, verliert im internationalen Vergleich an Klarheit und Eindeutigkeit. Die USA mit einer zerklüfteten, von sehr hoher Mobilität geprägten, von gemeinsamen Normen und Werten nur lose zusammengehaltenen Gesellschaft ist ökonomisch gesehen die weltweit erfolgreichste Nation. Länder mit starker Gemeinschaftsbindung, die oft traditionelle Lebensformen aufweisen, zum Beispiel im subsaharischen Afrika, profitieren von dieser Bindung ökonomisch wenig. Ja, es gilt sogar: Der ökonomische Erfolg geht mit einer Auflösung dieser Gemeinschaftsbindungen einher. Andererseits hat sich herausgestellt, dass die konfuzianische Praxis familiärer und außerfamiliärer Loyalitäten durchaus mit einer dynamischen Entwicklung kompatibel ist, wie der Erfolg Japans und anderer konfuzianisch geprägter Länder belegt.

Der britische Journalist und Autor David Goodhart spricht in diesem Zusammenhang von zwei Lebensformen. Einerseits gibt es die Lebensform der mobilen, formal meist hochgebildeten *Anywheres*, und andererseits die der lokal verankerten, formal meist weniger gebildeten und weniger verdienenden *Somewheres*. Damit stellt er sich gegen die Soziologie von Ulrich Beck, der für die Gesellschaft der Zukunft die Dominanz des Kosmopolitismus erwartet. Wogegen Goodhart betont, dass der größte Teil der Menschen sein Leben in erstaunlich großer Nähe zu seinem Geburtsort verbringt und dort verwurzelt ist, während die Eliten für diese Lebensform der Heimat- und Traditionsverbundenheit nur

## Identitätspolitik

Unter Identitätspolitik versteht man ein Konzept und eine Praxis, die die kulturelle Zugehörigkeit zu einer speziellen Gruppe ins Zentrum stellt und darauf achtet, dass kulturelle Gemeinschaften nicht diskriminiert werden. Sie wird mit unterschiedlichen ideologischen Motiven verfolgt. Rechts im politischen Spektrum wird eine weitgehende ethnische und kulturelle Homogenität des Staatsvolkes gefordert bzw. die Gefährdung der dominanten Kultur kritisiert, in liberalen Milieus wird kulturelle Vielfalt gefordert und durch identitätspolitische Maßnahmen gefördert, während linke Identitätspolitik auf die Stärkung von marginalisierten Gruppen abzielt und vor allem deren Interessen im Blick hat. Unterschiede bestehen auch im Verständnis kollektiver Identität, als kulturell oder sozial konstruiert oder durch ethnische und historische Zugehörigkeit gewachsen. Eine besondere – und besonders umstrittene – Rolle spielt dabei die Kritik kultureller Aneignung (*cultural appropriation*), weil sie implizit von der Selbstgenügsamkeit und Reinheit kultureller Gemeinschaften ausgeht, eine Vorstellung, die man eher im rechten politischen Spektrum vermuten würde, die aber meist von links vorgebracht wird. Allerdings macht sich die politische Rechte zunehmend ebenfalls dieses Paradigma zu eigen, um kulturelle Einflüsse durch Immigration und globalisierte kulturelle Praxis abzuwehren.

Francis Fukuyama meint, dass in der Krise der Linken ihre Hinwendung zur Identitätspolitik eine zentrale Rolle spielt, wie er es in *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demo-*

*kratie gefährdet* beschreibt. Die politische Linke ist in dieser Frage gespalten, marxistisch Geprägte (Slavoj Žižek, Sahra Wagenknecht, Russel A. Berman oder José Luis Pardo) kritisieren Identitätspolitik als eine Praxis, die die Linke von ihrer sozialen Basis in den unteren Arbeiterschichten entfernt und die zentralen Themen linker Politik (soziale Absicherung, Arbeitskämpfe, Mieterschutz, Humanisierung der Arbeit) marginalisiert, während kulturalistisch Geprägte Genderpolitik und Anti-Rassismus (*Critical Race Theory*) als das programmatische Zentrum linken Engagements sehen. Die Überhöhung kultureller Besonderheiten kann segregierende und fundamentalistische Züge annehmen, wobei soziale Unterscheidungsmerkmale, etwa Gender, Race, auch Religion, durch Identitätspolitik verstärkt werden, wodurch die gesellschaftlichen Hierarchie- und Opferrollen bestätigt werden. Identitätspolitik spielt andererseits auch in erfolgreichen emanzipatorischen Bewegungen diskriminierter sozialer Gruppen eine Rolle, wie etwa im Civil Rights Movement in den USA (Daniela Klimke: *Lemma Identitätspolitik*, in: Werner Fuchs-Heinritz und andere (Hrsg.): *Lexikon zur Soziologie*. 5. Aufl., Springer VS: Wiesbaden 2011), aber auch in den unterschiedlichen Bewegungen für Frauenrechte und Gleichstellung seit dem 19. Jahrhundert oder in der Schwulen- und Transgenderbewegung. Viele Errungenschaften fundamentaler Rechte, etwa die sogenannte „Homo-Ehe“ oder die freie Entscheidungsmöglichkeit für eine Gender-Identität, sind auf identitätspolitische Initiativen zurückzuführen.

Verachtung übrig hätten. Der alte Gegensatz zwischen links und rechts, zwischen sozialistischen und kapitalistischen Sympathien werde nun abgelöst durch den Konflikt zwischen einem individualistischen Kosmopolitismus und einem gemeinschaftsbezogenen Populismus. Auch in der

empirischen Politikwissenschaft<sup>2</sup> hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass die alte Polarität zwischen links und rechts von einer neuen zwischen „kosmopolitisch“ und „kommunitaristisch“ überlagert wird, bis zu einer Vierpoligkeit der politischen Formationen.

Sofern sich die kommunitaristische Kritik nicht als Alternative zur liberalen, auf Menschenrechten und persönlicher Freiheit beruhenden politischen und rechtlichen Ordnung der Demokratie versteht, ist diese ernst zu nehmen. *Der Kommunitarismus darf sich nicht als Alternative zum Liberalismus verstehen, sondern muss diesen lediglich davor bewahren, seinen eigenen Untergang durch ein Übermaß an Marktlogik, Ökonomismus, Mobilität und Atomisierung zu gefährden.*

Die kommunitaristischen Kritiker des Liberalismus verweisen auf die Wichtigkeit von Gemeinschaftsbindungen, von gesellschaftlicher Kooperation, von innerfamiliärer und nachbarschaftlicher Solidarität, auch der Bewahrung von Traditionen. Aus der kommunitaristischen Korrektur liberaler Fehlentwicklungen ist jedoch unterdessen, vor allem in Gestalt der insbesondere in den USA und anderen angelsächsischen Ländern praktizierten Identitätspolitik, eine veritable Bedrohung geworden. *Das, was als Identitätspolitik betrieben und kritisiert wird, ist eine radikale Variante eines multi-kulturellen Kommunitarismus.* Anders als oft dargestellt, handelt es sich dabei nicht um einen Spleen linksliberaler Milieus, sondern um einen Rückfall in Gemeinschaftsbindungen, wie konstruiert oder fingiert diese auch gelegentlich sind, gegenüber der Zugehörigkeit zu einer demokratischen Bürgerschaft und der Teilhabe an einer inklusiven Zivilkultur. Hier rächt sich, dass die kommunitaristische Kritik des Liberalismus zu einer Polarisierung geführt hat, die die republikanische Alternative weitgehend verdrängt hat. Sie wird heute meist lediglich als Annex des Kommunitarismus wahrgenommen. Der Republikanismus

verlässt sich auf die kulturelle Dynamik demokratischer, partizipativer Praxis, die die eine politische Identität schafft, welche die partikularen Bindungen relativiert und in vielen Fällen erst demokratieverträglich macht. Die republikanische Alternative setzt auf eine starke Demokratie, die über die Einhaltung von Rechtsnormen und die parlamentarische Kontrolle der Regierenden hinausgeht.

---

→ **Die kommunitaristischen Kritiker des Liberalismus verweisen auf die Wichtigkeit von Gemeinschaftsbindungen, von gesellschaftlicher Kooperation, auch der Bewahrung von Traditionen.**

---

Historisch zielt der Republikanismus auf eine Politik ab, die die traditionellen kommunitären Bindungen durch eine gemeinsame, inklusive Bürgerschaft, zusammengehalten durch Gemeinsinn und Zivilkultur, überwindet und damit erst die Grundlagen für das demokratische *nation building* legt. Ein wohlverstandener Republikanismus definiert die politische Gemeinschaft nicht als Interessenaggregation eigenorientierter Individuen, sondern in der Terminologie von Jean-Jacques Rousseau als sittliche Körperschaft, die es der einzelnen Person ermöglicht und auferlegt, als Bürgerin die gemeinwohlorientierte politische Gestaltung jenseits persönlicher Interessen zur eigenen Angelegenheit werden zu lassen. ↩

# 2 Zivilkultur in der Demokratie: Systematische Analyse

## 2.1 Demokratie als Kooperation

Demokratie kann man als kollektive Selbstbestimmung der Gleichen und Freien definieren. Es gibt keine Herrschaftsordnung von Natur, keine Herrschaft der Feudalen gegenüber den Untertanen, der Männer über die Frauen, es gibt keine Kasten und Stände, die menschlichen Individuen ihre Rolle in der Gesellschaft und dem Staat legitimerweise zuordnen. Zuordnungen dieser Art haben die Menschheitsgeschichte geprägt und tun es bis heute. Sie sind illegitim.

---

→ **Die Menschen erwarten staatliche Gestaltungskraft, die sie vor den Unwägbarkeiten von Weltmärkten und ebenso ihre Zukunft durch konsequente Nachhaltigkeitspolitik schützen soll.**

---

Die Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie haben unterschiedliche soziale und kulturelle Herkünfte, Geschlechter, Interessen und Begabungen, Körpergröße und Aussehen. Doch sie sind sich hinreichend ähnlich, als sie keine Herrschaftsordnung von Natur aus akzeptieren können.

Anders formuliert: Vernünftigerweise stiftet nur die Zustimmung der Freien und Gleichen eine legitime politische Ordnung. *Sie hat drei Quellen: die Notwendigkeit gemeinsamer, kollektiver Entscheidungen, die Unverzichtbarkeit einer Rechtsordnung, die individuelle Rechte sichert und kollektives Entscheiden ermöglicht, und den gemeinsamen Wunsch kollektiver Selbstbestimmung.*

Um eine hinreichende Kohäsion der Menschen, die in einem Staat leben, herzustellen, gibt es historisch betrachtet unterschiedliche Strategien. Die am weitesten verbreitete ist die der Assimilation von Minderheiten an eine Mehrheitskultur.

Die Einheit von Nationalismus und Liberalismus, die einen großen Teil des 19. Jahrhunderts als die Formationsphase der Moderne charakterisiert hat, ist in den nationalistischen Kriegen des

20. Jahrhunderts zerbrochen. Der politische Liberalismus verstand sich nun zunehmend als großes globales Transformationsprojekt. Er ist spätestens seit dem Ende der Sowjetunion auf den neoliberalen Pfad des Staatsabbaus, der Ökonomisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, der Konzentration von Kapital und Gestaltungskraft bei wenigen großen Tech-Konzernen abgebogen, was zur Gefährdung der liberalen und sozialen Demokratie in vielen Staaten der Welt unterdessen einen wesentlichen Beitrag leistet. Die Menschen erwarten staatliche Gestaltungskraft, die sie vor den Unwägbarkeiten von Weltmärkten und ebenso ihre Zukunft durch konsequente Nachhaltigkeitspolitik und eine Weltinnen- und Weltsozialpolitik schützen soll. Da in den meisten westlichen Staaten ein Teil der politischen Linken diese neoliberale Transformation der Demokratie mitgegangen ist, profitieren von diesem Wunsch gegenwärtig überwiegend rechtspopulistische Bewegungen. Ihre Distanz zu den komplexen demokratischen Institutionen, ihre Neigung, differenzierte Problemlagen auf simple Sprüche zu verkürzen, ihre Orientierung an charismatischen Führungspersonlichkeiten befeuern ihre Wahlerfolge und gefährden die demokratische Ordnung.

Das durch ökonomische Rationalität, durch Selbstoptimierung und aggressive Vermarktungsstrategien auf Folklore reduzierte Kulturelle bäumt sich auf und schlägt zurück. Die Politisierung des Islam ist nur ein Beispiel für viele, wenn auch das auffälligste. Zudem stellt sich in den großen Menschheitskrisen – Krieg, Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, Hunger im globalen Süden, Verelendung in den Vorstädten und den Zentren rasch wachsender Metropolen des Südens, Konflikte zwischen Glaubensgemeinschaften etc. – heraus, dass Nationalstaaten in Zeiten großer Not die nach wie vor handlungsfähigste politische Institution darstellen. So ist die Weltwirtschaftskrise nicht durch das Agieren der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Vereinten Nationen oder auch der Europäischen Union und anderer Staatenverbände abgefangen worden, sondern durch beherztes und massives Eingreifen der Nationalstaaten. In Krisenzeiten wird dort noch am ehesten die Kraft vermutet, die sozialer Desintegration entgegenwirken und kollektive

Handlungsblockaden auflösen kann. Diese institutionelle Kraft des Nationalstaats hat allerdings kulturelle Vorbedingungen, die Voraussetzung politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Kooperation ist.

---

→ **Die kollektive Selbstbestimmung der Freien und Gleichen manifestiert sich in einer inklusiven kooperativen Praxis, die sich nicht auf die politische Sphäre beschränkt.**

---

Man kann diese Herausforderung auch folgendermaßen fassen: Demokratie als kollektive Selbstbestimmung der Freien und Gleichen ist nur lebensfähig, wenn sich diese Selbstbestimmung nicht auf den institutionellen und konstitutionellen Rahmen beschränkt, sondern eine wirksame kooperative Praxis etabliert. Tatsächlich kann man die Konformität mit bestimmten Regeln, die für eine Demokratie unverzichtbar sind, wie etwa die Akzeptanz von Wahlergebnissen, das Grundvertrauen in öffentliche Institutionen, die Bereitschaft, mit gesetzlichen Regelungen, auch wenn man sie inhaltlich für falsch hält, konform zu gehen, als Ausdruck einer kooperativen Praxis verstehen.

Die kollektive Selbstbestimmung der Freien und Gleichen manifestiert sich in einer inklusiven kooperativen Praxis, die sich nicht auf die politische Sphäre beschränkt. Nur wenn man Demokratie als eine spezifische Form der Kooperation konzipiert, kann man ein Verständnis für die Rolle der Zivilkultur in der Demokratie entwickeln.

An einem einfachen, allerdings zentralen Beispiel sei das illustriert. Stellen wir uns einen Verein vor, der einen bestimmten Satzungszweck verfolgt, zum Beispiel die Förderung außerschulischer Bildung. Naturgemäß gibt es zwischen den Vereinsmitgliedern zahlreiche Dissense, wie dieses Ziel am besten zu erreichen ist, ja möglicherweise sogar, was außerschulische Bildung inhaltlich ausmacht. Diese Dissense führen zu Diskussionen,

und da diese nicht endlos bis zu einem erhofften Konsens fortgeführt werden können, muss abgestimmt werden, um die Handlungsfähigkeit des Vereins zu bewahren. Wenn die Abstimmung eine Mehrheit für ein bestimmtes Vorgehen des Vereins ergibt, ist damit natürlich keineswegs gesichert, dass die unterlegene Minderheit ihre Meinung nun ändert und sich der Mehrheitsauffassung anschließt. Vielmehr werden die meisten von ihnen auch nach wie vor überzeugt sein, dass die Mehrheit falsch entschieden habe und ein anderes Vorgehen dem Gewählten vorzuziehen sei. Das heißt aber keineswegs, dass sich diese unterlegene Minderheit nicht an den weiteren Aktivitäten, die sich aus dem Beschluss ergeben, beteiligt. Man könnte paradoxerweise sagen: Die Mehrheit hat entschieden, daher wollen wir, die Vereinsmitglieder, dass wir gemäß diesem Beschluss weiter vorgehen. Dieses „Wir wollen“ ist durchaus kompatibel damit, dass der ursprüngliche Dissens fortbesteht. *Kooperation setzt keinen umfassenden inhaltlichen Konsens voraus, aber einen Konsens über die Legitimität kollektiver Entscheidungen und zugleich über ihre Bindungswirkung.* Die jeweils getroffene kollektive Entscheidung bindet alle diejenigen, die sich der betreffenden Gemeinschaft, hier einem Verein, zugehörig fühlen oder ihr zugehören. Kooperation ist eine große Herausforderung demokratischer Praxis. Menschen müssen, um kooperieren zu können, ihren eigenen Interessenstandpunkt so weit transzendieren können, dass sie anderen Interessenstandpunkten mit Respekt begegnen und diese in die kooperative Praxis miteinbeziehen können. *Kooperation verlangt keine Konvergenz der Meinungen und Interessen, sondern die wechselseitige Anerkennung als Gleiche und Freie, die Bereitschaft, Gründe auszutauschen und sich über unterschiedliche Interessenstandpunkte hinweg so weit zu koordinieren, dass Kooperation möglich ist.*

Das Transzendieren eigener Interessen und Meinungen heißt nicht, diese aufzugeben, sondern sie in der gemeinsamen Praxis mit anderen Interessen und Meinungen zu berücksichtigen. Die Kriterien des angemessenen Abgleichs sind dabei selbst Teil der politischen Praxis, sie lassen sich nicht extern, durch Ethik, Philosophie, Sozialwissenschaft, durch Expertise und Experten etablieren.

Diese leisten lediglich einen Beitrag zur begrifflichen und normativen Klärung. Sie können helfen, die zu erwartenden Folgen und Nebenfolgen abzuschätzen, sie können auf Wertungskonflikte aufmerksam machen, den Blick auf Phänomene richten, die im öffentlichen Diskurs vernachlässigt werden, Minderheiten, aber auch schweigenden Mehrheiten eine Stimme geben, doch sie können den politischen Prozess selbst nicht ersetzen. Denn das wäre das Ende der Demokratie.

## 2.2 Dissens und Konsens in der Zivilkultur

Eine multikulturelle Gesellschaft kann demokratisch verfasst sein. Voraussetzung dafür ist, dass sich die einzelnen kulturellen Identitäten nicht gegenseitig abschotten, sondern einen Grundbestand gemeinsamer Normen und Werte teilen. Diese Einstellung muss in der konkreten lebensweltlichen und politischen Praxis spürbar werden. Wenn kulturelle – weltanschauliche, religiöse, regionale, sprachliche, ethnische, soziale – Gruppen sich gegeneinander abschotten, wenn sie in spezifischen Stadtvierteln leben, wie etwa in vielen US-Metropolen, wenn sie sich nicht einmal auf die elementarsten Prinzipien eines humanen Umgangs verständigen können und sich diesem gemäß verhalten, dann ist eine Demokratie nicht lebensfähig.

---

### ↳ Liberale und kommunitaristische Theoretiker plädieren für einen *Modus Vivendi* der unterschiedlichen Gemeinschaften.

---

Assimilationsstrategien des *nation building*, die in der Vergangenheit mit all den teils menschenverachtenden Begleiterscheinungen der Ausgrenzung, der Unterdrückung und der Entfremdung von den eigenen Wurzeln dominierten und gegenwärtig eine Renaissance erleben, haben hier ihren Ursprung. Durch die Selbstverständlichkeiten

einer geteilten kulturellen Praxis, den Werten und Normen einer Leitkultur, einer Ähnlichkeit im Alltagsverhalten, sollen Konflikte minimiert und die Demokratie als Kooperation ermöglicht werden. Zugleich aber sind Assimilationsstrategien mit dem Verlust kultureller Identität, der Marginalisierung von Minderheiten, der Selbst- und Fremdwahrnehmung als minderwertig verbunden, sie sind daher mit dem humanistischen Prinzip der gleichen menschlichen Würde nicht vereinbar.

Selbst wenn die Assimilationsstrategie nicht staatlich verfolgt oder gar oktroyiert wird, kann sie sich aus der Dynamik des Zusammenlebens unterschiedlicher Partialkulturen ergeben. Lange Zeit waren die weißen, protestantischen Mittelschichten in den USA eine Partialkultur, an der sich andere orientierten und aus der die Elitenrekrutierungen im Wesentlichen erfolgten. Anderen kulturellen Gemeinschaften blieb nur die Wahl, sich wenigstens teilweise anzupassen oder marginalisiert zu werden. Die aktuell stattfindenden Kulturkonflikte in den Vereinigten Staaten sind auch Ausdruck des Niedergangs dieses Modells kultureller Assimilation, ihr Ende und ihr Resultat sind noch nicht abzusehen. Wenn die Addition marginalisierter kultureller Identitäten groß genug ist, dann lässt sich die Leitbildfunktion einer Partialkultur, auch wenn diese die größte ist, nicht mehr aufrechterhalten.

Wohlwollende liberale und kommunitaristische Theoretiker plädieren dann für einen *Modus Vivendi der unterschiedlichen Gemeinschaften*, welche sich, zusammengehalten von jeweils gemeinsamen Lebensformen, historischen Erinnerungen, aber auch Ausgrenzungserfahrungen, über Repräsentanten artikulieren und einen Minimalkonsens erzwingen, der die Demokratie als Kooperation bestehen lässt. Dies ist – dafür ist die US-amerikanische Demokratie ein besonders eindrückliches Beispiel – ein nur selten erfolgversprechendes Projekt. Der Zwang, sich einer Gemeinschaft zuzuordnen, vermindert die Kohäsion der Gesamtgesellschaft und zwingt Individuen in eine unwürdige Situation: *Sie erfahren Anerkennung nur als Mitglied einer Gemeinschaft und verlieren möglicherweise ihr Eigenes, das durch unterschiedliche Gemeinschaftszugehörigkeiten, auch solche, die auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mögen, bestimmt ist.* Das

Hin- und Hergleiten zwischen unterschiedlichen kollektiven Identitäten wird misstrauisch verfolgt oder sogar unterdrückt. Die Verbindungen zwischen kulturellen, regionalen, sozialen oder Herkunftsidentitäten dünne aus, und die Gesellschaft verfestigt sich in Partikularkulturen, die sich mehr oder weniger feindselig gegenüberstehen. Der angestrebte Modus Vivendi ist dann nur Ausdruck eines normativen Minimalkonsenses, ein dünner Firnis von Zivilkultur, unter dem Aversion und Ressentiment, Ausgrenzung und Gruppendruck dominieren und der die Autonomie der Individuen, ihre Lebensautorschaft, gefährdet. Partikulare Gemeinschaften erhalten so eine Bedeutung, die sowohl mit der humanistischen Wertschätzung des menschlichen Individuums als auch mit demokratischer Praxis unverträglich ist.

Eine multikulturelle Gesellschaft darf sich nicht von den Schmalmeinklängen des Multikulturalismus verführen lassen. Die partikulare Gemeinschaftszugehörigkeit darf die politische Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger nicht gefährden. Das je

Individuelle, das in die eigene Lebensform und ihre Kooperationsmuster Eingebettete, die autonome individuelle Lebensgestaltung im Zusammenleben mit anderen ist durch den Macht- und Gestaltungsanspruch kultureller Identitäten ebenso bedroht wie die Zivilkultur der Demokratie.

---

↳ **Die Zivilkultur einer Demokratie verlangt mehr als lediglich die Bereitschaft, sich an die Normen der Verfassung und des Rechts zu halten.**

---

Während die je individuelle Lebensform in einer liberalen und sozialen Demokratie einen großen Gestaltungsspielraum hat, muss die demokratische Zivilkultur als verbindendes Element über alle partikularen Identitäten hinweg von den

### **Konsens in der Demokratie**

Im politischen Diskurs und in der politischen Praxis wird stets von „Konsens“ gesprochen. Doch was ist damit eigentlich gemeint? Konsens worüber – und zu welchem Zweck?

Mit Konsens ist in diesem Zusammenhang mitnichten Konsens über Inhalte von Gesetzen oder gar Gerichtsentscheiden gemeint. Ich muss als Bürger und Bürgerin nicht mit jedem Rechtsanspruch moralisch einverstanden sein. Beispiel Bußgeld beim Falschparken: Viele Autofahrerinnen sehen es als zu hoch an, viele Fahrradfahrer hingegen als zu niedrig. Das Beispiel zeigt, dass derjenige, der die Angemessenheit des Falschpark-Bußgelds anzweifelt, nicht grundsätzlich unsere rechtsstaatlich verfasste Demokratie anzweifeln muss. In diesem Fall wird mit einem Konsens die allgemeine Akzeptanz der demokratischen Ordnung ausgedrückt. Drastisch formu-

liert: Es ist der Konsens höherer Ordnung, der für den zivilen Frieden ausschlaggebend ist.

Dieser bezieht sich nicht auf die Inhalte, sondern auf die Verfahren als solche. Wichtige Fragen sind daher zum Beispiel: Wie ist es zu dem Gesetz oder zu dem Gerichtsurteil gekommen? Was ist die rechtliche Grundlage? Steht ein Gesetz im Gegensatz zu einem anderen?

Warum also benötigen wir Konsens in der Demokratie? Wenn die vorgesehenen Verfahren eingehalten sind, dann entwickeln ihre Ergebnisse eine normative Kraft: Sie verpflichten die Bürgerinnen und Bürger der Demokratie. Ich schließe einen Vertrag mit den anderen Bürgern einer Demokratie, wenn ich in ihr lebe und an ihr mitwirke. Ihre Gesetze sind nicht deswegen verpflichtend, weil sie mit Sanktionsgewalt ausgestattet sind, sondern weil sie legitim sind.

humanistischen Prinzipien der gleichen Würde und des gleichen Respekts, der gleichen Anerkennung und der geteilten Kooperationsbereitschaft bestimmt sein.

Die zivile kulturelle Praxis minimiert Dissense durch Regeln, die institutionell gesichert werden. Sie bestimmt, was als eine Beleidigung zu gelten hat, welche Pflichten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in der Demokratie haben, welche Handlungen als Straftat gelten und nach welchen Regeln im wirtschaftlichen und sozialen Leben kooperiert wird. Diese juristischen, institutionell gesicherten Regeln befrieden, weil sie einen normativen Konsens über unterschiedliche individuelle Lebensformen und kulturelle Zugehörigkeiten hinweg stiften. Aber sie sind fragil, wenn sie nicht durch ein Ethos lebensweltlicher Praxis unterfüttert sind.

---

➔ **Ohne ein geteiltes humanistisches Ethos, das die zivilkulturelle Praxis trägt, kann es keine vitale Demokratie geben.**

---

Die Zivilkultur einer Demokratie verlangt mehr als lediglich die Bereitschaft, sich an die Normen der Verfassung und des Rechts zu halten. Diese sind vielmehr Ausdruck eines gemeinsamen, geteilten Gerechtigkeitsempfindens und entfalten nur als solche ihre friedensstiftende Wirkung. Sie bieten Prozeduren an, innerhalb derer Dissense der Überzeugungen und der Interessen ausgetragen und beigelegt werden können, ohne dass damit diese Dissense verschwinden würden.

Die Zivilkultur ist praktizierter Humanismus, also die wechselseitige Anerkennung als Gleiche und Freie, die sich respektvoll begegnen und Konflikte nicht im Modus der Gewalt, sondern eben zivil, als Bürgerinnen und Bürger, austragen. Die Zivilkultur der Demokratie lässt sich nicht durch einen Rechtsakt allein, auch nicht durch die Entscheidung über eine Verfassungsordnung wie in Deutschland nach dem Krieg 1949 dekretieren.

### **Mehr Respekt, bitte!<sup>3</sup>**

Wann wird für die Ratsmitglieder die Grenze des fairen Diskurses überschritten, wann ist der Ton zu rau und wird als Angriff oder Verletzung gewertet? Besonders verbale Angriffe, Abwertungen oder Unterstellungen gehören nach Ansicht der meisten Ratsmitglieder nicht in eine Debatte, das zeigt eine Studie der Körber-Stiftung.

Ethos muss wachsen, sich in den Alltagserfahrungen niederschlagen und Ausdruck von wechselseitigem Respekt und Anerkennung sein. Eine zerklüftete Gesellschaft ist dazu nicht in der Lage, auch wenn sie sich auf Verfassungsnormen geeinigt hat.

Die Zivilkultur als eine Form des Zusammenlebens der Freien und Gleichen ist zudem mit tradierten Vorstellungen der Über- und Unterordnung, der Ordnung der Geschlechter, der Kasten, der Ethnien nicht vereinbar. Mit anderen Worten: Die Demokratie ist nicht mit beliebigen kulturellen Prägungen kompatibel. Die naive Vorstellung, dass Menschen, denen die humanistische Zivilkultur der modernen Demokratie fremd ist, allein durch Ortswechsel ein entsprechendes Ethos entwickeln, ist abwegig. Eine Gesellschaft intensiver Migration muss darauf bedacht sein, unterschiedliche kulturelle Prägungen zu integrieren, aber auch zu transformieren.

Ohne ein geteiltes humanistisches Ethos, das die zivilkulturelle Praxis trägt, kann es keine vitale Demokratie geben.

## **2.3 Die Einheit der Person**

Die demokratische Zivilkultur adressiert jede einzelne Bürgerin, jeden einzelnen Bürger direkt, nicht als Repräsentanten einer Gruppe, einer kulturellen oder religiösen Gemeinschaft, eines Milieus, einer Klasse, einer Kaste, eines Standes – sie ist insofern individualistisch. Auch die Menschenrechte, wie sie etwa in der *General Declaration*

of *Human Rights* von 1948 und in späteren Kodifizierungen niedergelegt sind, adressieren primär die einzelne menschliche Person und die vertragsschließenden Staaten, die ihre Rechte zu achten haben. Die sozialen und kulturellen Rechte richten sich ebenso an einzelne Personen, die in ihrer sozialen Situierung oder ihrer kulturellen Identität jeweils spezifische Rechte für sich in Anspruch nehmen können.

---

↳ **Niemand zählt als Repräsentant, alle zählen immer als verantwortliche Autorinnen und Autoren ihres eigenen Lebens.**

---

Die Menschenrechte verpflichten Staaten, dass diese ihren Bürgerinnen und Bürgern und generell den Menschen, die in der jeweiligen staatlichen Ordnung leben, Respekt zollen, ihre gleiche individuelle Würde achten, der Entfaltung ihrer Persönlichkeit Raum geben und günstige Bedingungen für ihre Lebensautorschaft schaffen. Es sind Rechte, die nicht lediglich staatliches Handeln beschränken, also Interventionsverbote beinhalten, sondern die Individuen ermächtigen, diese gegenüber den Staaten, in denen sie leben, einzufordern; Individuen haben moralische Anspruchsrechte gegenüber dem Staat und dies unabhängig davon, welcher kollektiven Identität, welcher Gemeinschaft sie sich zugehörig fühlen oder welcher sie zugeordnet werden. Die Gemeinschaftszugehörigkeiten werden relevant als Bedingungen der Realisierung individueller Rechte, sie verlangen kulturelle und soziale Sensibilität, um die gleichen Menschenrechte auch in den unterschiedlichen Kontexten gleichermaßen realisieren zu können. Der zweite Menschenrechtspakt aus dem Jahr 1966 ist – entgegen einer weitverbreiteten Auffassung – keine Verabschiedung eines humanistischen Individualismus.

Menschliche Individuen navigieren in einer Welt unterschiedlicher Erwartungen, unterschiedlicher sozialer und kultureller Kontexte, unterschiedlicher Gemeinschaftszugehörigkeiten, weltanschaulicher

und religiöser Bindungen, unterschiedlicher sozialer Schichten und Klassen. Die Interaktionsmuster ändern sich von Kontext zu Kontext, und dennoch muss das Individuum darauf achten, seine Integrität zu wahren und die eigene Identität als Person nicht zu gefährden. Die opportunistische Anpassung an jeweilige Erwartungen und gemeinschaftskonstitutive Regeln würde die einzelne Person, die Bürgerin oder den Bürger zu einer Anpassungsleistung zwingen, die die eigene Identität als Person gefährdet.

Die Relativierung partikularer Gemeinschaften und Kulturen im demokratischen Staat ergibt sich daher zwingend aus dem Prinzip gleicher individueller menschlicher Würde.

Niemand zählt als Repräsentant, alle zählen immer in erster Linie als verantwortliche Autorinnen und Autoren ihres eigenen Lebens. Niemand kann verantwortlich gemacht werden für das, was der Gemeinschaft, der die Person sich zugehörig fühlt oder der sie zugerechnet wird, vermeintlich oder tatsächlich zuzurechnen ist. Niemand hat einen rationalen Grund, stolz zu sein, einer Gemeinschaft anzugehören, die besondere Leistungen für sich in Anspruch nimmt. Die Verantwortlichkeit einer Person beginnt und endet in ihrer eigenen Praxis. Die Schuld anderer überträgt sich nicht auf eigene Schuld, die Leistung anderer überträgt sich nicht auf eigene Leistungen.

Dieser Individualismus ist humanistisch insofern, als er nicht in einen mehr oder weniger zynischen Atomismus umschlägt, der sich in den libertären Bewegungen der Gegenwart als *self-ownership* äußert und jede Form der sozialen Verantwortung und der Gemeinschaftsbindung ablehnt.

---

↳ **Selbstwirksamkeit und Bindung sind die Pole, zwischen denen sich das menschliche Leben entfaltet. Kooperation aus geteilten Gründen verbindet diese beiden Pole.**

---

Menschen sind keine Monaden, sie bilden ihre Normen und Werte in der kulturellen Praxis des Gebens und Nehmens von Gründen aus. Sie stiften Sinn in ihrem Leben durch Bindung und Zuwendung, sie sind angewiesen auf sozialen und kulturellen Zusammenhalt, sie können ohne ein Netz der Kooperation nicht überleben.

Selbstwirksamkeit einerseits und Bindung andererseits sind die beiden Pole, zwischen denen sich das menschliche Leben entfaltet. Kooperation aus geteilten Gründen verbindet diese beiden Pole. Wenn aber das, was für einen Menschen wesentlich, sinnstiftend und handlungsmotivierend ist, im demokratischen Staat verächtlich gemacht oder auch nur marginalisiert wird, dann kann dies die individuelle menschliche Würde beeinträchtigen. Wenn eine Religionsgemeinschaft diffamiert oder auch nur marginalisiert wird, dann betrifft es diejenigen, für die die religiösen Überzeugungen, die diese Religionsgemeinschaft prägen, sinnstiftend und handlungsmotivierend sind.

---

➔ **Die Demokratie garantiert einerseits die Entfaltungsmöglichkeiten unterschiedlicher Gemeinschaften und begrenzt zugleich ihre Macht über ihre Mitglieder.**

---

Der respektvolle Umgang mit religiösen und anderen weltanschaulichen Gemeinschaften ist daher ein aus dem individuellen Recht auf unverletzte menschliche Würde abgeleitetes Gebot. Damit wird die einzelne religiöse Person nicht zum Repräsentanten dieser Religionsgemeinschaft, und ihr Status und die Anerkennung, die sie in der demokratischen Gesellschaft erfährt, darf nicht von dieser Zuge-

hörigkeit abhängen. *Eine Glaubensgemeinschaft, die ihre Abtrünnigen diffamiert oder gar mit Sanktionen belegt, ist mit demokratischer Zivilkultur unvereinbar.*

In der demokratischen Zivilkultur muss daher beides gelingen: der respektvolle Umgang, die gleiche Anerkennung, die Rücksichtnahme gegenüber partikularen Gemeinschaften und zugleich deren Domestizierung, um zu verhindern, dass die einzelne Person in identitätsbedrohende Abhängigkeit gerät. Sie muss stark genug sein, um den normativen Ansprüchen partikulärer Gemeinschaften Grenzen aufzuzeigen und diese im Zweifelsfall durchzusetzen, und zurückhaltend genug, um die Entfaltung kultureller Diversität, die Pluralität von Lebensformen und Gemeinschaftsbindungen nicht zu gefährden.

Die Demokratie garantiert einerseits die Entfaltungsmöglichkeiten unterschiedlicher Gemeinschaften und begrenzt zugleich ihre Macht über ihre Mitglieder. Diese doppelte Funktion, kulturelle Pluralität und Diversität nicht nur zu erlauben, sondern auch zu fördern, und die Begrenzung ihres Machtanspruchs und ihrer Prägekraft lässt sich mit den Mitteln des Rechts allein nicht bewältigen. *Erst die alle Gemeinschaften umfassende zivilkulturelle Praxis kann die notwendige Balance herstellen. Konflikte sind dabei unvermeidlich.*

Die Kulturpolitik in der Demokratie muss darauf hinwirken, dass rigide Segregationen unterbleiben, dass Interaktion und Kooperation die unterschiedlichen kulturellen Identitäten in Kontakt bringen und den Austausch und die wechselseitige Anerkennung fördern. Die zivilkulturelle Praxis in der Demokratie ist also nicht lediglich Ausdruck eines *overlapping consensus*, der mit allen Partikularitäten kollektiver Identität verträglich ist, sondern das Ferment, in das sich die verschiedenen Gemeinschaften welcher Prägung auch immer entwickeln, durch das sie aber auch beschränkt werden können. ↩

# 3 Aktuelle Tendenzen

## 3.1 Der öffentliche Diskurs in der Zivilkultur

In der Theorie stehen sich zwei scheinbar unvereinbare Paradigmen demokratischer Entscheidungsfindung gegenüber: zum einen das der Aggregation von Präferenzen, des Interessenausgleichs, auch der allgemeinen Wohlfahrt, und auf der anderen Seite das der Deliberation, der Abwägung von Überzeugungen und vorgeschlagenen Projekten, des rationalen Diskurses. Für das eine Paradigma steht in der Wissenschaft die sogenannte *ökonomische Theorie der Politik*, aber auch die *Logik kollektiver Entscheidungen*, jedenfalls in ihrem traditionellen Verständnis. Für das andere Paradigma stehen vor allem die *Diskursethik* von Jürgen Habermas und Karl-Otto Apel und die Kritische Theorie.

Tatsächlich ist diese Gegenüberstellung, welche die wissenschaftlichen Debatten weithin prägt, eine übermäßige Vereinfachung. Für ein angemessenes Demokratieverständnis muss dieser Gegensatz aufgelöst werden, sodass die wesentlichen Einsichten erhalten bleiben, aber die Vereinseitigungen behoben sind. Dabei hilft die Klärung, welche Rolle die (öffentliche) Kommunikation für die demokratische Zivilkultur spielt.

Öffentliche Kommunikation setzt die Existenz von Massenmedien nicht voraus, vielmehr unterscheidet sich die öffentliche von der privaten Kommunikation im Adressaten, in ihrem Inhalt und Modus. Im einen Fall ist der kommunikative Akt, die Äußerung einer Überzeugung, die Aufforderung etwas zu tun, die Artikulation von Missmut, Billigung oder Zustimmung, nicht an eine bestimmte Person oder eine Personengruppe gerichtet, sondern potenziell an den *demos*, die Allgemeinheit, die Bürgerschaft, die politische Gemeinschaft. Im anderen sind die Adressaten spezifisch, sie fühlen sich als Person angesprochen und nicht lediglich als jemand, der an der Öffentlichkeit teilhat (de facto oder zumindest potenziell).

Der Unterschied zwischen öffentlicher und privater Kommunikation macht sich nicht primär an Quantitäten fest, sondern am Modus der Kommunikation. Öffentliche Kommunikation zielt auf das, was tatsächlich oder vermeintlich von politischem Interesse ist, und dementsprechend sind die

Gründe, die für eine Überzeugung, eine Handlung oder eine Einstellung vorgebracht werden, gemeinwohlorientiert. Die Fragestellung lautet: Was ist für uns, für die Gesellschaft als Ganze, die Bürgerschaft, den Staat richtig? Das Vorbringen eines privaten Interesses ist kein Beitrag zur öffentlichen Kommunikation. Erst dann, wenn Argumente vorgebracht werden, warum dieses Interesse Berücksichtigung verdient, zum Beispiel weil es ungerecht wäre, es in einem Kompromissvorschlag unberücksichtigt zu lassen, kann es für die öffentliche Kommunikation relevant werden.

Wenn zwei Menschen sich über die Frage unterhalten, ob eine bestimmte Regierungsmaßnahme sinnvoll ist oder nicht, dann ist dies ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung, auch wenn Dritte davon nichts erfahren. Wenn viele Leser über bunte Blätter von den jüngsten Kalamitäten in einer prominenten Familie erfahren, dann ist dies kein Beitrag zur politischen Meinungsbildung, auch wenn alle davon Notiz nehmen. Weder das Medium noch die Quantitäten bestimmen, was zur öffentlichen Kommunikation gehört, sondern Inhalt, Modus und Adressat (werden wir angesprochen als Privatperson oder als Bürgerin?). Es ist nicht lediglich der über Massenmedien vermittelte, sondern auch der lebensweltliche Austausch politischer Gründe, der den öffentlichen Diskurs bestimmt.

Die digitale Transformation der letzten Jahre und Jahrzehnte hat deutlich gemacht, wie wichtig diese Begriffsklärung ist. Die ungefilterten, keinem Evaluierungs- und Auswahlprozess unterworfenen politischen Meinungsbeiträge Einzelner ohne institutionelle Rolle sind keine privaten Kommunikationen, sondern Beiträge zur öffentlichen Meinungsbildung. Während sich die private Kommunikation zwischen zwei oder mehr Personen abspielt, sodass die kommunikativen Akte Teil eines Beziehungsgefüges sind, gilt dies für die politische Kommunikation nicht, selbst dann nicht, wenn der Adressatenkreis klein und bekannt ist. Die Social-Media-Plattformen bieten unterschiedliche Optionen an, den Adressatenkreis auf bestimmte Gruppen zu beschränken oder etwa in Gestalt von Messenger-Diensten auf den unmittelbaren Adressaten zu beschränken. Dennoch sind die

Übergänge zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen durch die Praktiken der digitalen Kommunikation fließender geworden, was auch mit den vielfältigen Möglichkeiten zusammenhängt, das privat Gemeinte einer digitalen Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

*Die Demokratie ist ohne den öffentlichen Diskurs, den Austausch von Gründen für und wider politische Vorhaben, Entscheidungen und Visionen nicht lebensfähig. Nur wenn die Bürgerschaft das politische Geschehen – beurteilend und intervenierend – begleitet, ist eine Demokratie vital. Ein substanzieller öffentlicher Diskurs ist aber von starken Voraussetzungen abhängig. Zu diesen gehört das sanktionierte Recht auf freie Meinungsäußerung ebenso wie die kulturelle Praxis der Toleranz.*

Meinungsfreiheit als Bedingung eines inklusiven politischen Diskurses und damit als eine unverzichtbare Voraussetzung der Demokratie ist nicht nur dann gefährdet, wenn sie von einer illiberalen Regierung eingeschränkt wird, sondern auch dann, wenn kulturelle, soziale und ökonomische Praktiken der Sanktionierung greifen. Frei im substanziellen Sinne bin ich nur dann, wenn die Wahrnehmung dieser Freiheit nicht mit massiven persönlichen Nachteilen verbunden ist. Freiheit bindet nicht nur staatliche Institutionen, sondern ist essenzieller Teil des demokratischen Ethos, der Toleranz und des Respekts.

Eine repräsentative Umfrage zum Vertrauen der Deutschen in die Demokratie im Rahmen der Körper-Studie *Demokratie in der Krise* (2021) hat

#### **Experten und Demokratie<sup>4</sup>**

„Technokratie“ ist eine Regierungsform, in der die politische Entscheidungsfindung überwiegend nicht von Politikerinnen und Politikern, sondern von Expertinnen und Experten verantwortet wird. Auf diese Regierungsform wird auch in Demokratien in Krisenzeiten zurückgegriffen. So drängte die Europäische Union Italien zweimal zu einer technokratischen Regierung, jeweils unter der Leitung ehemaliger EU-Kommissare (Mario Monti und Mario Draghi). Die Erfolgsbilanzen waren allerdings wenig beeindruckend, was zu einer weiteren Delegitimierung der politischen Eliten in Italien und anderen Ländern beigetragen hat. Das Ziel der Technokratie ist es, komplexe Probleme auf rationalisierte und auf spezifisches Expertenwissen gestützte Weise zu lösen. Beispielsweise hat die Corona-Pandemie zumindest vorübergehend zu einem wachsenden Einfluss der Wissenschaft auf Gesellschaft und Politik geführt. Politische Entscheidungen folgten Expertenempfehlungen. Dies führte zu Spannungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft und stellte den demokratischen Prozess infrage.

In einer Demokratie sollten Verfahren leicht verständlich und für alle gleichermaßen anwendbar sein. Politische Entscheidungen sollten von gewählten Amtsträgern getroffen werden, nicht von externen Expertinnen oder Wissenschaftlern. Aber externe Expertise – etwa Sachverständige in Fachausschüssen des Bundestages oder der Deutsche Ethikrat – trägt dazu bei, politische Debatten zu beleuchten und auf ethische Probleme aufmerksam zu machen. Es ist wichtig, dass die endgültigen Entscheidungen politisch verantwortet sind und sicherstellen, dass die Interessen der gesamten Nation berücksichtigt werden. Expertenwissen ist in der Demokratie unverzichtbar, aber es sollte in einer beratenden, nicht in einer entscheidenden Rolle eingesetzt werden. Spätestens die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass das Verhältnis von Wissenschaft (und anderen Systemen ausdifferenzierten Expertenwissens) und Politik neu justiert werden muss, um einer vordergründigen Politisierung der Wissenschaft, aber auch einer Instrumentalisierung der Wissenschaft durch die Politik vorzubeugen.

ergeben, dass nur noch 54 Prozent der Deutschen der Aussage „In Deutschland kann man seine Meinung jederzeit frei äußern“ zustimmen. So gewinnt man den Eindruck, dass wir in einer Phase kultureller Regression sind, in der oft mühsam erkämpfte Errungenschaften der Demokratie wieder zur Disposition stehen.

Die demokratische Zivilkultur hat anspruchsvolle Voraussetzungen, zu denen bestimmte Prinzipien der politischen Kommunikation gehören. So kommt es nicht darauf an, wer ein bestimmtes Argument vorbringt, sondern welche Qualität es hat. Das *argumentum ad hominem* war aus guten Gründen schon in der Römischen Republik verpönt. Hier kann die wissenschaftliche Publikationspraxis als Beispiel dienen: Wissenschaftliche Artikel werden für die Gutachten anonym übermittelt, sodass nur die Argumente im Text und ihre empirischen Belege zählen, nicht aber die Person, die sie äußert. Es kommt auch nicht darauf an, wer eine Hypothese widerlegt, sondern dass sie und mit welchen Methoden sie widerlegt wird.

---

### ➔ Ohne Toleranz kann es in der Demokratie keine Diversität der Lebensformen, der Überzeugungen, der Werte und Normen geben.

---

Der US-amerikanische Philosoph John Dewey hat vorgeschlagen, die Demokratie in Analogie zur Wissenschaftsgemeinschaft zu verstehen, wohlwissend, dass im Unterschied zur Wissenschaft es keine spezifischen disziplinären Qualifikationen für die Teilnahme an der politischen Kommunikation gibt und auch nicht geben darf. Die vorgebrachten Argumente richten sich in der wissenschaftlichen Kommunikation an Expertinnen und Experten einer Disziplin oder auch eines kleinen Teilgebiets. Die politische Kommunikation richtet sich prinzipiell an die gesamte Bürgerschaft, auch dann, wenn die einzelne politische Meinungsäußerung nur winzige Teile dieser Bürgerschaft

erreichen sollte. So wie die vorgebrachten Gründe in der Wissenschaft universell sind, also als Argumente oder Gegenargumente zu einer wissenschaftlichen These verstanden werden müssen, die unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Nation, einem Geschlecht, einer Ethnie, einer Kultur etc. Geltung haben, so sind die politischen Gründe in der Demokratie unabhängig von partikularen Zugehörigkeiten. Auch wenn die Motive in bestimmten kulturellen oder politischen Prägungen liegen, die vorgebrachten Gründe müssen für alle verständlich und gegebenenfalls kritisierbar sein, die jeweils individuelle Positionierung spielt für die Validität des politischen Arguments keine Rolle.

Ohne Toleranz kann es in der Demokratie keine Diversität der Lebensformen, der Überzeugungen, der Werte und Normen geben. Ohne Diversität ist jedenfalls eine multikulturell verfasste Demokratie nicht lebensfähig. Ohne eine politische Kommunikation, die diese Diversität abbildet, Minderheitenmeinungen respektiert, Personen mit abweichenden Meinungen nicht ausgrenzt, die das Argument als solches ernst nimmt, die den Diskurs nicht mit einem Machtspiel verwechselt, mit anderen Worten: Ohne die Zivilkultur des Respekts gibt es keine vitale und substanzielle Demokratie.

## 3.2 Öffentliche Räume in der Zivilkultur

Unter öffentlichen Räumen verstehe ich hier Bereiche, die für die Allgemeinheit zugänglich sind, deren Betreten ohne Erlaubnis und ohne Eintrittsgelder und ohne Konsumzwang möglich ist. Öffentliche Räume haben daher den Charakter einer Allmende, also einer Ressource, die von allen in Anspruch genommen werden kann, ohne dass diese dafür zahlen müssen. Die mittelalterliche Allmende war eine Weidefläche, die allen zur Verfügung stand, die daher regelmäßig überweidet wurde und im Vergleich zu privaten Weideflächen in schlechtem Zustand war. Die Erfahrung zeigt, dass öffentliche Räume ohne Kuratierung durch staatliche Institutionen oder private Träger in staatlichem Auftrag das Schicksal der Allmende erleiden: Sie werden vernachlässigt, sie verfallen und werden für private Zwecke missbraucht.

Die strikte Dichotomisierung des Privaten und des Öffentlichen ist allerdings nicht nur im Bereich der Kommunikation, wie im vorausgegangenen Kapitel gezeigt wurde, sondern auch für Räume irreführend, so weit verbreitet sie auch ist. Museen, Philharmonien, städtische Theater verlangen Eintritt, haben aber zugleich die Funktion eines öffentlichen Raumes. Man kann dies zu quantifizieren versuchen und als Maß den Anteil der Steuerfinanzierung heranziehen. Städtische Theater, die zu 20 Prozent durch Eintrittsgelder ihre Kosten decken, wären dann zu 80 Prozent öffentlicher Raum, nämlich durch Steuern finanziert, und zu 20 Prozent privater Raum, finanziert durch diejenigen, die bereit sind, das Eintrittsgeld zu entrichten. Diese Quantifizierung ist jedoch nicht überzeugend, denn öffentliche Räume sind öffentliche Güter. Diese lassen sich durch öffentliche Trägerschaft oder durch die staatliche Setzung von Rahmenbedingungen sichern.

Die Balance zwischen individuellen, privat käuflichen und privat genutzten Gütern und öffentlichen Gütern prägt die Qualität einer Demokratie. Länder mit einer starken Prädominanz des privaten, kommerziellen Sektors sind in ihrer demokratischen Substanz geschwächt, wie das Beispiel der USA, auch Brasiliens und anderer Länder zeigt. Es sind nicht nur die staatlichen Transferleistungen, die eine soziale Mindestabsicherung garantieren, welche die Stabilität der Demokratie sichern, sondern es sind vor allem die öffentlichen Güter und speziell die öffentlichen Räume, die für eine vitale Demokratie unverzichtbar sind.

Der Trend seit den 1980er Jahren war allerdings bis in die jüngste Gegenwart hinein gegenläufig: Die Schwäche der kommunalen Finanzen zwang zu einer an kommerziellen Interessen orientierten Grundstücksverwertung, die Bildungs- und Kultureinrichtungen gerieten durch *public-private-partnership*-Modelle in ökonomische Abhängigkeiten, der Markt für kulturelle Dienstleistungen drängte die öffentlichen Angebote zurück. Eine kohärente kommunale Praxis der Bereitstellung öffentlicher Güter und der Gestaltung öffentlicher Räume blieb dabei oft auf der Strecke.

An dieser Fehlentwicklung hatte das neue, gepriesene Paradigma des Verwaltungshandelns

als *new public economics* einen Anteil. Das ist die Überführung der hoheitlichen Funktion staatlicher Verwaltung – eingeschlossen die Bereitstellung öffentlicher Güter für die Allgemeinheit und die Gewährung individueller Rechtsansprüche – in ein Dienstleistungsunternehmen, das sich extern gegenüber den Bürgern als Kunden bewähren muss und intern marktförmig organisiert ist. Dies hat den Ausgriff ökonomischer Marktbeziehungen auf öffentliche Güter und speziell öffentliche Räume verstärkt. Nachdem die erwarteten Effizienzgewinne in den Verwaltungen weitgehend ausblieben, vor allem wohl aber unter dem Eindruck der

### **Diskurskultur benötigt Bildung<sup>5</sup>**

Die Zivilkultur ist auch eine Bildungsanforderung. Eine faire Diskurskultur muss schon in den Familien und Schulen geübt und besprochen werden. Das Erlernen von argumentativen Fähigkeiten, die neben rhetorischen Elementen auch emotionale Komponenten umfassen müssen, sollte daher bereits von Beginn an Teil einer humanistisch geprägten Bildung sein. Neben kognitiven Fähigkeiten, zum Beispiel wie Argumente verwendet oder Sachverhalte begründet werden können, muss auch das Verständnis erlernt werden, wie Argumente vorgetragen werden sollten. So fasst Mehr Respekt, bitte! zusammen: „Insbesondere die Grenze, ab der das faire Miteinander verlassen wird, ist von den Befragten einheitlich benannt worden. Diskussionen überschreiten dann die rote Linie, wenn Äußerungen ins Persönliche gehen und sich nicht mehr auf die Sachebene beziehen. Darunter fällt etwa das Streuen von Gerüchten, Beleidigungen, Drohungen oder ein aggressiver, angreifender Tonfall. Auch wenn solch massive Grenzüberschreitungen relativ selten vorkommen, zeigt sich in fast allen Räten ein großer Verbesserungsbedarf bezüglich der Diskussionskultur.“

## Zivilgesellschaftliche Beteiligung<sup>6</sup>

In einer Demokratie ist das freiwillige und unentgeltliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in zivilgesellschaftlichen Organisationen ein unverzichtbares Element. Es gibt eine Vielzahl von Erwartungen an dieses Engagement, insbesondere die Sicherung der Partizipationschancen, damit Einzelne sich direkt an gesellschaftlichen Angelegenheiten beteiligen können. In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat es eine Verschiebung vom langfristig ausgeübten Ehrenamt zu punktuellen, zeitlich befristeten und auf die Realisierung spezifischer Vorhaben fokussierten Engagements gegeben. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen auf langfristige Bindung setzenden Organisationen entstehen daraus Nachteile, lokale oder von spezifischen aktuellen Problemen motivierte Initiativen profitieren von dieser Entwicklung.

Der Anteil der Engagierten in der Bevölkerung schwankt über die letzten Jahre sehr: Die Mitgliedschaft in Parteien beispielsweise ist in den späten 1960er Jahren massiv angestiegen und sank dann deutlich ab. (Beispiel CDU: Die CDU hatte 1948 etwa 360.000 Mitglieder. Danach setzte ein Abschwung ein, der Ende der 1960er Jahre in einen regelrechten Mitgliederboom überging, die Mitgliederzahl stieg um 128 Prozent. Danach verlangsamte sich der Zuwachs, 1983 wurde mit 734.555 Mitgliedern der Höhepunkt erreicht. Danach ging die Mitgliederzahl bis auf 662.598 im Jahr 1989 zurück.)

Dabei wird unter Engagement häufig die regelmäßige freiwillige Tätigkeit einer Person verstanden, doch es gibt weit mehr Formen, in denen sich ein Engagement ausdrücken kann. Auch durch Zivilcourage, gelegentliche Mitarbeit, Spenden, die Beteiligung an einer Bürgerstiftung oder durch Kooperationsfähigkeit und Aufmerksamkeit einer Organisation, einer Initiative oder eines Verbandes für bürgerschaftliche Anliegen kann Engagement erfolgen.

Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ kommt daher zu folgenden Handlungsempfehlungen:

1. Öffnung der Organisationen (z. B. Vereine, Stiftungen, Kirchen, Gewerkschaften) nach innen (bessere Zusammenarbeit von Engagierten und Hauptamtlichen, bessere Mitbestimmungsrechte der Engagierten) und außen (bessere Zusammenarbeit der einzelnen Akteure, bessere Einstiegsmöglichkeiten, insbesondere für Jugendliche)
2. Verwaltungen bürgerorientiert gestalten und entbürokratisieren
3. Beteiligungsmöglichkeiten schaffen: mehr direktdemokratische Verfahren einführen, sowohl auf kommunaler als auch auf Bundesebene
4. Anerkennen, wertschätzen und qualifizieren
5. Netzwerke schaffen und Infrastrukturen aufbauen
6. Unternehmen als Akteure in der Bürgergesellschaft (*Corporate Citizenship*) stärken
7. Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht reformieren
8. Schutz und Nachteilsausgleich verbessern
9. Das Wissen über bürgerschaftliches Engagement erweitern
10. Bürgerschaftliches Engagement verstetigen

### Reduktion der Meinungsfreiheit<sup>7</sup>

Beispiel russische Künstler: Sie werden gecancelled, nur weil sie die russische Staatsbürgerschaft haben oder weil sie sich nicht öffentlich gegen Putin stellen. So haben zahlreiche Opernhäuser, darunter die MET in New York, die Zusammenarbeit mit der Opernsängerin Anna Netrebko beendet, weil sie zwar den Krieg verurteilt, sich aber nicht von Putin distanziert hat.

Andere Beispiele sind etwa Vorträge zur Rolle des biologischen Geschlechts, die nicht stattfinden, weil Universitätsleitungen Tumulte befürchten und prophylaktisch die Wissenschaftsfreiheit beschränken. Selbst in Talkshows öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten werden nicht unterschiedliche Positionen mit ihren jeweiligen Begründungen präsentiert und zur Diskussion gestellt, sondern von der Redaktion gewünschte Meinungsäußerungen bestärkt und unerwünschte diskreditiert oder schon im Vorfeld ausgegrenzt. Betroffene weichen auf teilweise dubiose digitale Plattformen aus, geben Podcastern und Youtubern Interviews, ohne sich über die dahinterstehende politische Tendenz hinreichend informiert zu haben, und geraten dann nach dem Prinzip der Kontaktschuld erst recht in eine Diffamierungsfalle. Der Meinungskorridor verengt sich, und die tatsächlich oder auch nur vermeintlich Ausgegrenzten radikalisiert sich.

Weltfinanzkrise und der zunehmenden Kritik an unregulierten Märkten und der Ökonomisierung aller Lebensbereiche, ist eine Trendwende im Gange, die die öffentlichen Verwaltungen zunehmend auch als *Akteure der Demokratie* versteht. Die Transparenzverpflichtungen stärken nicht nur die politische Meinungsbildung und Partizipation der Bürgerschaft sowie der Zivilgesellschaft, sondern lösen die öffentlichen Verwaltungen zunehmend

aus ihrer traditionellen Rolle als bloße Gesetzes-Anwender heraus.

---

→ **Die Balance zwischen individuellen, privat käuflichen und privat genutzten Gütern und öffentlichen Gütern prägt die Qualität einer Demokratie.**

---

Verwaltungen sind Adressaten des Bürgerwillens, insbesondere in den Kommunen, sie werden politisch verantwortlich gemacht, nicht nur über die Mitglieder des Rates, sie stehen im Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, örtlichen Initiativen und Eingaben aus der Bürgerschaft. Die Demokratie hat die Chance, sich auf diesem Wege zu revitalisieren, die Verantwortung für öffentliche Güter in der politischen Sphäre zu stärken und öffentliche Räume als Essenz der Zivilkultur zurückzugewinnen.

### 3.3 Kulturelle Transzendenz

Gesellschaften, die lange Zeit durch starke Einwanderung geprägt waren wie zum Beispiel die USA, entwickeln unterschiedliche kulturelle und politische Methoden, um mit der kulturellen Vielfalt und den sozialen Herausforderungen umzugehen. Um keine problematischen Pull-Effekte auszulösen, bieten traditionelle Einwanderungsgesellschaften nur ein geringes Maß an gleicher sozialer Sicherheit für alle (einschließlich der neu Zugewanderten) an. Deutschland ist ein besonders interessantes Beispiel, da es kaum autochthone Minderheiten hat und erst im Zuge der sogenannten „Gastarbeiteranwerbung“ in den späten 1950er und dann 1960er Jahren eine Einwanderung in den Arbeitsmarkt organisierte; erst spät, insbesondere in den 1990ern, war das Land mit einer weitgehend unregulierten Einwanderung über das Asylrecht konfrontiert. Deutschland hat seinen hochentwickelten Sozialstaat dennoch aufrechterhalten, ist damit aber auch

verständlicherweise zum bevorzugten EU-Land für Migranten geworden. Die Versuche einer europäischen Migrationspolitik, die die Einwanderung auf die Länder gleichmäßig verteilt, die EU-Außengrenzen sichert und intern an umfassender Freizügigkeit festhält, sind bisher weitgehend gescheitert. Rechtspopulistische Kräfte ziehen aus diesem

Misstand einen Großteil ihrer Zustimmung in der Bevölkerung. Das Spannungsverhältnis zwischen einem entwickelten nationalen Wohlfahrtsstaat und durchlässigen Grenzen erklärt die teilweise rigiden Reaktionen entwickelter sozialer Wohlfahrtsstaaten, etwa Dänemarks, Schwedens oder Norwegens, auf den Migrationsdruck.

### **Kommunale Demokratie<sup>8</sup>**

Der Begriff „Kommune“ bezieht sich auf Gemeinden, kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Landkreise, die juristisch als Körperschaften des öffentlichen Rechts gelten. Sie bilden eine eigene Ebene im Verwaltungsaufbau innerhalb der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland und sind neben Bund und Ländern eine der Hauptverwaltungsebenen als Träger der garantierten kommunalen Selbstverwaltung gemäß Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG).

Dieser Grundgesetzartikel gewährleistet die kommunale Selbstverwaltung, was den Gemeinden das Recht gibt, Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich im Rahmen der Gesetze zu regeln. Die Länder haben innerhalb dieses Rahmens Spielraum zur Schaffung eigener Kommunalverfassungen, die entweder auf monistischen oder dualistischen Systemen basieren oder anhand spezifischer Organe wie dem Rat oder dem Bürgermeister unterschieden werden können.

Die Kommunen haben eine dreifache Rolle als eigenständige Verwaltungsebene im Bundesstaat, als Schule der Demokratie und staatliche Ausführungsinstanz. Sie stehen vor einer Herausforderung, da sie einerseits Effizienz anstreben, was durch die kommunale Haushaltskrise, das neue Steuerungsmodell sowie durch Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen

verstärkt wurde. Andererseits wurden durch Reformen der Kommunalverfassungen Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie gestärkt.

In der kommunalen Politik im Dorf bestehen ähnliche Herausforderungen wie in der Verwaltung größerer Städte, da auch in ländlichen Gebieten Themen wie demografischer Wandel, Infrastruktur, Finanzierung, Umweltschutz und Bürgerbeteiligung von großer Bedeutung sind. Darüber hinaus stehen auch kleine Gemeinden vor der Aufgabe, einen effizienten und transparenten Verwaltungsapparat zu gewährleisten und den Bedürfnissen ihrer Bürger gerecht zu werden.

Tatsächlich lässt sich seit Jahrzehnten eine Urbanisierung der ländlichen Räume in Deutschland und Europa beobachten, was unter anderem mit der verminderten Bedeutung der Landwirtschaft und der zugenommenen Mobilität der Bevölkerung, aber auch mit der Immigration zusammenhängt. Auch kleine Städte und Dörfer sind heute nicht mehr kulturell weitgehend homogen. Personen, die in der Stadt arbeiten, leben auf dem Land, ein Teil der Landbevölkerung immigriert in die Metropolen, Immigranten siedeln sich in kleinen Kommunen im ländlichen Raum an. Von daher sind die zivilkulturellen Entwicklungen in Städten und Metropolen zunehmend paradigmatisch für Kommunen generell.

In Deutschland dürfen Asylsuchende keiner Erwerbsarbeit nachgehen, und da die Verfahren lange dauern, wird ihr Aufenthalt in dieser Zeit aus Steuermitteln finanziert. Länder, die von einer starken demografischen Schrumpfung betroffen sind, leiden unter Fachkräftemangel und einer wachsenden Zahl Älterer, nicht mehr Berufstätiger, die die sozialen Sicherheitssysteme zunehmend belasten; zudem werden sie durch eine dysfunktionale Einwanderung herausgefordert. Tatsächlich kann Einwanderung sowohl den aufnehmenden wie den Herkunftsländern, ganz abgesehen von den Migrierenden selbst, zum Vorteil gereichen. Voraussetzung dafür aber ist, dass die Migration nach politischen Kriterien kontrolliert wird und die Herkunftsländer keinen schädlichen Braindrain, d. i. die Abwanderung von Wissenschaftlern und qualifizierten Arbeitskräften ins Ausland, wodurch dem Abwanderungsland Arbeitskräfte verloren gehen, erleiden oder dafür entsprechend kompensiert werden. Überdies müssten die Einwandernden Qualifikationen mitbringen, die verhindern, dass ein neuer struktureller Rassismus entsteht, weil die ersten Generationen der Eingewanderten mangels Qualifikation sich mit schlecht bezahlten und unsicheren Jobs über Wasser halten müssen, was sich dann auf die Bildungs- und Erwerbschancen ihrer Kinder und Kindeskiner auswirkt. Dabei kommt es zu einer Korrelation zwischen Erwerbseinkommen und Herkunft, die auch ohne einen intentionalen Rassismus problematisch ist, wie ältere Einwanderungsländer wie Brasilien oder USA empirisch und historisch belegen.

Unabhängig von Form und Ausmaß der Migration sind die meisten modernen Demokratien zunehmend von kultureller Vielfalt geprägt. Gleiches gilt für zahlreiche junge Demokratien, die aus ehemaligen Kolonialgebieten hervorgegangen und durch die willkürliche Grenzziehung der Kolonialmächte mit sehr unterschiedlichen ethnischen und kulturellen Identitäten konfrontiert sind. Nur wenige Staaten weltweit setzen weiterhin auf eine kulturell homogene Gesellschaft oder jedenfalls eine dominierende kulturelle Identität, etwa China, Japan und in letzter Zeit unter Hindu-nationalistischer Regierung auch Indien. *Das Grundmuster der Demokratie der Zukunft wird multikulturell sein.* Im

günstigen Fall einer politisch kontrollierten und an ethischen Kriterien ausgerichteten Migrationspolitik kann diese multikulturelle Verfasstheit mit einer hochentwickelten Sozial- und Bildungsstaatlichkeit verbunden werden.

Eine Politik der offenen Grenzen würde nationale Systeme der sozialen Sicherung und politisch gestalteter Arbeitsmärkte (Kündigungsschutz, Tarifverträge, Mitbestimmung etc.) dagegen unter einen massiven Druck setzen, dem sie auf Dauer nicht werden standhalten können. Der weitgehend unregelmäßige US-Arbeitsmarkt ist nur eine von unterschiedlichen Möglichkeiten, auf Einwanderung aus unterschiedlichen Weltregionen zu reagieren. Das US-System überlässt den ökonomischen Ausgleich den Angebots- und Nachfragebedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Folge ist, dass Eingewanderte zu einem niedrigeren Prozentsatz arbeitslos sind als Einheimische, während in europäischen Ländern wie Frankreich oder Deutschland die migrationsspezifische Arbeitslosigkeit in der Regel um ein Vielfaches höher ist als die durchschnittliche. Das US-System bietet mangels sozialer Absicherung zur Annahme des Jobs keine menschenwürdige Alternative. In Europa sind Arbeitslose, wenn auch in unterschiedlichem Maße, sozial abgesichert. Eine Migrationspolitik, die sich an den Bedürfnissen des eigenen Arbeitsmarktes ausrichtet, kann dagegen die sozialstaatlichen Ansprüche auch gegenüber Migranten aufrechterhalten.

### **Kulturelle Transzendenz**

Unter „kultureller Transzendenz“ versteht man die Fähigkeit der einzelnen Person, ihre kulturelle Prägung so weit zu relativieren und Distanz zu ihr zu gewinnen, dass sie in der Lage ist, mit Personen anderer kultureller Identitäten erfolgreich zu kommunizieren und zu interagieren. Diskriminierung verschwindet durch Irrelevanz und nicht durch kollektivistischen Interessenausgleich.

Auch wenn sich die ökonomischen und sozialen Bedingungen einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft bei entsprechendem politischem Willen menschenwürdig gestalten lassen, bleibt die multikulturelle Gesellschaft eine Herausforderung für die Demokratie. Tatsächlich führt das Prinzip der Mehrheitsentscheidung in Demokratien unter den Bedingungen einer kulturell zerklüfteten Gesellschaft zu Problemen. Sofern es noch eine kulturelle Mehrheitsidentität gibt, setzt diese ihre Normen und Werte in der politischen Praxis durch und neigt dazu, Minderheiten zu marginalisieren. Der dann als Reaktion naheliegende politische Zusammenschluss unterschiedlicher Minderheiten zu einer starken Machtposition scheitert in der Regel an den mehr oder weniger starken Divergenzen zwischen diesen. Auch hierfür bietet die USA interessantes Anschauungsmaterial.

Während die weiße, protestantische kulturelle Identität nur noch für eine Minderheit der US-Gesellschaft prägend ist, werden die Kulturkämpfe immer heftiger. Anders als von vielen erwartet, zumindest erhofft, tritt nicht das *global village* an die Stelle der Assimilation von Einwanderungskulturen an die weiße, protestantische Mehrheitskultur, vielmehr radikalisiert sich diejenigen, die sich als Verteidiger der alten Ordnung in der Defensive sehen, während die Konflikte zwischen unterschiedlichen Minderheitenkulturen zunehmen. Die fehlende Integration über eine hochentwickelte Bildungs- und Sozialstaatlichkeit hat in den USA unter den Bedingungen einer multikulturellen Gesellschaft ein demokratiegefährdendes Ausmaß angenommen. Gegenmaßnahmen in den Bildungsinstitutionen, die unter *affirmative action* laufen, die also Benachteiligungen von Minderheiten ausgleichen sollen, wirken ambivalent. Einerseits ermöglichen sie Einzelnen, trotz ungünstiger sozialer Bedingungen Bildungsangebote wahrzunehmen, andererseits verfestigen sie die kulturelle Zerklüftung der US-Gesellschaft allein schon durch die damit einhergehende Zuschreibungspraxis.

Die Alternative besteht in einer *Politik der Irrelevanz kultureller Unterschiede*: Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft, Religion etc. würden als Markierungen der Individuen in der sozialen und politischen wie in der Kultur- und Bildungspraxis

irrelevant werden. Ein radikaler Schritt in diese Richtung wäre, die entsprechenden Merkmale in den staatlichen Institutionen und den Bildungseinrichtungen nicht zu erfassen. Dies ist in Deutschland hinsichtlich der Kategorie *race*, aber nicht hinsichtlich der Kategorie *gender* und *class* der Fall. *Eine konsequente kulturelle Indifferenzpolitik ist der kulturellen Identitätspolitik diametral entgegengesetzt. Diskriminierung verschwände durch Irrelevanz und nicht durch kollektivistischen Interessenausgleich.* Sie ermöglicht dem einzelnen menschlichen Individuum, zwischen einer Vielfalt unterschiedlicher kultureller Identitäten zu navigieren und die je individuelle Identität als Autorin des Lebens zu bewahren. Die für die Demokratie unverzichtbare kulturelle Transparenz würde eine rechtliche, soziale und politische Form annehmen.

Unter *kultureller Transzendenz* ist hier die Fähigkeit der einzelnen Person gemeint, ihre kulturelle Prägung so weit zu relativieren und Distanz zu ihr zu gewinnen, dass sie in der Lage ist, mit Personen anderer kultureller Identitäten erfolgreich zu kommunizieren und zu interagieren. Je substanzieller dieser Austausch ist, desto mehr werden die Selbstverständlichkeiten eigener Zugehörigkeit relativiert. Dies heißt nicht, die eigene kulturelle Prägung, die oft genug nur Folge einer Zuschreibungspraxis anderer ist, abzuschwächen oder gar zu negieren, vielmehr verlangt kulturelle Transzendenz die Fähigkeit, sich in unterschiedlichen kulturellen Milieus zu bewegen, respektvoll mit denjenigen umzugehen, die anders geprägt sind, und sich der Partikularität des eigenen Standpunkts bewusst zu werden.

Die Praxis der kulturellen Transzendenz wird durch den gleichen Status als Bürgerin oder Bürger einer Demokratie gefördert, der sich in gleichen sozialen Anspruchsrechten, gleichen Partizipationsmöglichkeiten und gleichen individuellen Entfaltungsmöglichkeiten äußert.

Unterschiedliche kulturelle Traditionen, die in einer multikulturellen Demokratie präsent sind, müssen sich in den Bildungseinrichtungen abbilden. In einem Land, in dem rund vier Millionen Menschen ihre kulturellen Wurzeln in der Türkei haben, sollte die Geschichte des osmanischen Imperiums und des türkischen Nationalstaats

ebenso zum Schulstoff gehören wie das Türkische und Arabische als Sprachangebot.

Umso stärker die Bildungsangebote marktförmig, also an die finanziellen Möglichkeiten der Eltern gebunden sind, desto eher schlägt die kulturelle Zerklüftung auf die Bildungsinstitutionen durch. In den USA gehen über 90 Prozent afro-amerikanischer Kinder und Jugendlicher auf Schulen, die ausschließlich von Afroamerikanern besucht werden. Dies hängt nicht nur mit der segregationistischen Stadtentwicklung amerikanischer Großstädte zusammen, sondern ist auch Ausdruck eines verbreiteten Bedürfnisses, „unter sich“ zu bleiben, also die „störenden“ Einflüsse anderer Identitäten fernzuhalten.

---

➔ **Deutschland verfügt über eine starke Bildungs- und Sozialstaatlichkeit, die angesichts der Herausforderungen einer multikulturellen Demokratie ausgebaut werden sollte.**

---

Segregation in Bildungseinrichtungen und Stadtvierteln gerät in Konflikt mit den zivilkulturellen Voraussetzungen einer Demokratie. Segregation ist mit einer gemeinsamen politischen Öffentlichkeit, mit lebensweltlicher Kommunikation und Interaktion über unterschiedliche kulturelle Identitäten hinweg, mit Solidarität und Empathie auch außerhalb der eigenen Gruppenzugehörigkeit unvereinbar.

Deutschland verfügt über eine *starke Bildungs- und Sozialstaatlichkeit*, die angesichts der Herausforderungen einer multikulturellen Demokratie ausgebaut werden sollte und nicht geschwächt werden darf. Wenn der Besuch guter Schulen vom

Einkommen der Eltern unabhängig ist, wirkt dies der sozialen und kulturellen Zerklüftung entgegen. Die Schulen werden dann zu Orten der Begegnung unterschiedlicher kollektiver Identitäten, was den Schulalltag nicht einfacher macht, aber ein hohes Gut ist.

---

➔ **Der Arbeitsplatz und die öffentlichen Bildungseinrichtungen können zu Integrationsstützen in einer multikulturellen Gesellschaft werden.**

---

Die geteilte Schulsprache des Deutschen sollte man nicht als Instrument der Ausgrenzung diskreditieren, sondern als eine wichtige Maßnahme der Integration aufrechterhalten. Neuankömmlinge sollten nicht in separaten Klassen unterrichtet, sondern von vorneherein in den Schulalltag wie alle anderen integriert werden. Kinder sind anpassungsfähig (je jünger, desto mehr) und lernen, wenn sie dem Sprachstrom ausgesetzt werden, schnell zu kommunizieren, wenn ihnen die Flucht in die Segregation verbaut ist. Der Arbeitsplatz und die öffentlichen Bildungseinrichtungen von der Krippe bis zur Hochschule können zu Integrationsstützen in einer multikulturellen Gesellschaft werden, wenn Segregationstendenzen konsequent unterbunden werden.

Die kulturelle Transzendenz als Bedingung demokratischer Zivilkultur stellt sich allein durch eine Praxis der wechselseitigen kulturellen Anerkennung nicht ein. Die politische Gestaltung muss auf Begegnung, Austausch, Interaktion gerichtet sein, Ziele, die die kulturelle Transzendenz fördern und die demokratische Zivilkultur stärken. ↩

# 4 Implikationen für die politische Praxis (Empfehlungen mit Fokus Kommunalpolitik)

## 4.1 Partizipative Demokratie in der Kommune

Die Bedeutung der Zivilkultur für die Demokratie wird nirgendwo deutlicher als in den Kommunen. Hier sind die politischen Entscheidungsprozesse besonders eng mit den Lebensformen der Einwohner der jeweiligen Kommune verknüpft. Obwohl die Kommunen in Deutschland lediglich als Verwaltungseinheiten gelten, ohne Gesetzgebungskompetenz, und dementsprechend das höchste Gremium, der Rat, nur die Aufgabe hat, das Verwaltungshandeln der Kommune anzuleiten und zu kontrollieren, bestehen trotz der einheitlichen gesetzlichen Grundlage für alle Kommunen in dem jeweiligen Bundesland große Spielräume für die politische Gestaltung.

Die Kommunalwahlen sind, zumal in größeren Städten, daher auch in hohem Maße politisiert, die Parteien bestimmen mit ihren Programmen die politische Agenda, obwohl die Gemeindeordnungen dem entgegenzuwirken versuchen. Es werden Koalitionsverträge geschlossen, also Vereinbarungen zwischen Parteien, und es wird häufig anhand von Parteizugehörigkeit abgestimmt. Allerdings ist der Fraktionszwang schwächer ausgeprägt, und die Orientierung an Sachargumenten lässt die Parteibindung, anders als in Landesparlamenten oder dem Deutschen Bundestag, oft in den Hintergrund treten.

Die Mitglieder des Rates sind jeweils regional verwurzelt, sie nehmen dort die Anregungen aus der Bürgerschaft auf und vermitteln sie an die Verwaltung; umgekehrt stellen sie die Vorhaben der Verwaltung in örtlichen Versammlungen und Veranstaltungen vor. Die Bezirksausschüsse haben als Stadtviertel-Parlamente zusätzliche Kompetenzen, die die örtliche Anbindung der politischen Praxis stärken. Berufsmäßige Stadträte, also Dezernten oder Referenten, werden für einen bestimmten Zeitraum vom Rat mit absoluter Mehrheit gewählt und leiten eine Verwaltungseinheit, etwa das Kommunalreferat, das Stadtentwicklungsreferat oder das Kulturreferat bzw. -dezernat, haben also ein politisches Mandat durch das oberste Verwaltungsgremium der Kommune. Sie sind in größeren Kommunen hauptamtlich tätig und nicht wie die

Mitglieder des Rates in einem Ehrenamt, dessen Ausübung allerdings durch die Kompensation von Verdienstaussfällen unterstützt wird. Sie sind nicht, wie etwa Bundes- oder Landesminister, durch den Kanzler oder den Ministerpräsidenten kündbar, sind aber dafür dem direkt gewählten Bürgermeister bzw. der Oberbürgermeisterin weisungsunterstellt, d. h. diese oder dieser hat jederzeit ein Durchgriffsrecht auf das jeweilige Ressort, was bei Ministerpräsidentinnen oder Bundeskanzlern nicht gegeben ist.

Weder die Mitgliedschaft im Rat noch die Leitung eines Referats oder Dezernats sind ohne den permanenten Austausch innerhalb der Verwaltung und mit der Bürgerschaft der Kommune möglich. Die direkt gewählte Oberbürgermeisterin hat die Rolle einer Vermittlerin zwischen Verwaltung und Bürgerschaft. Sie ist nicht nur in einer überaus mächtigen Position als oberste Verwaltungschefin, sondern nutzt ihre Machtstellung auch, um den Unmut in der Bürgerschaft, die Wünsche und Hoffnungen, die sie in zahlreichen Versammlungen und Veranstaltungen erfährt, gegenüber der Verwaltung geltend zu machen. Die oberste Repräsentantin der Kommunalverwaltung ist zugleich in der Funktion einer Ombudsperson. In abgeschwächter Form gilt dies auch für die Leiterinnen und Leiter der einzelnen kommunalen Ressorts.

Eine Kommune ohne aktive Bürgerschaft ist schon deswegen undenkbar, weil sich niemand finden würde, der für den Rat kandidiert. Dieses Amt ist nicht vergütet und es gibt darin in der Regel keine Karriereoptionen. Auf keiner anderen politischen Ebene ist die Zusammensetzung der Bevölkerung so gut abgebildet wie in den kommunalen Räten. Auch dort gibt es eine Tendenz zu den Höherqualifizierten, aber die charakteristisch gewordenen Karrieren von Berufspolitikern – vom Studium über die Funktion eines wissenschaftlichen Mitarbeiters, einer Abgeordneten oder als Funktionärin von Verbänden und Gewerkschaften, das Erklimmen hoher Parteifunktionen und schließlich die eigene Kandidatur für den Landtag oder den Bundestag –, sind für die kommunalen Räte die Ausnahme. Die Wahlordnungen sind von Land zu Land sehr unterschiedlich, aber in allen deutschen Bundesländern spielen die Verankerung

und der Zuspruch aus der Einwohnerschaft für den Wahlerfolg die entscheidende Rolle, und nicht die Partei- oder Verbandsfunktion.

Auch auf Ministerinnen und Minister eines Bundeslands oder der Bundesregierung wird von unterschiedlichen Seiten Druck ausgeübt, teilweise transparent und öffentlich, teilweise durch Briefe oder Gespräche. Lobbyisten machen Vorschläge, die sich als gemeinwohlorientiert darstellen, aber partikulare Interessen bedienen. Verbände haben eine spezifische Expertise, die in den Ministerialverwaltungen nur unzureichend vorzufinden ist, und setzen diese zur Einflussnahme ein. Im Gesetzgebungsprozess gibt es Anhörungen von Experten, an denen aber auch Repräsentanten von Interessengruppen teilnehmen. Auf den höheren Ebenen der Politik haben dagegen einfache Bürgerinnen und Bürger, Bewohner eines Stadtviertels, Vereine und Initiativen oder spontane Interessenartikulationen so gut wie keine Chance auf Einflussnahme. Diese ist auf große Verbände, auf Gewerkschaften, Kirchen und gut organisierte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) beschränkt. In der Kommune ist das anders. Hier kann sogar die individuelle Eingabe einer Bürgerin im Bezirksausschuss und dem Rat Gehör finden und die Verwaltung zu einer Entscheidung veranlassen.

Bürgerinnen und Bürger lernen in Stadtteilversammlungen ihre persönlichen Interessen und Perspektiven so vorzutragen, dass sie eine Chance auf allgemeine Zustimmung haben. *Das individuelle Interesse ist berücksichtigenswert, wenn es durch individuelle Rechte geschützt ist oder wenn seine Erfüllung ethischen und politischen Kriterien der Gerechtigkeit und der Fairness oder dem Gemeinwohl entspricht.* Wenn Eltern sich zusammenschließen, um einen zusätzlichen Kinderspielplatz in ihrem Stadtviertel zu fordern, dann geht es nicht lediglich um das Vorbringen eines individuellen Interesses, sondern um grundsätzlichere Fragen, wie kinderfreundlich das Stadtviertel als Ganzes sein möchte, ob junge Familien sich hier wohlfühlen können und Eltern mit Kindern heimisch werden wollen, ob das Stadtviertel im Laufe der Zeit überaltert und verödet oder für nachwachsende Generationen attraktiv bleibt. In den seltensten Fällen reichen in der Kommunalpolitik die gesetzlichen Grund-

lagen aus, um eine konkrete Entscheidung als zwingend geboten oder als rechtlich unzulässig zu markieren, auch wenn in der politischen Rhetorik gerne auf diese Begründungsformen zurückgegriffen wird.

---

↳ **Die deliberative Praxis bewährt sich in der Kommune in dem steten Fluss von politischen Kommunikationen innerhalb und außerhalb politischer Institutionen.**

---

In der kommunalen Demokratie geht es um kollektive Selbstbestimmung der Gleichen und Freien, um die Bestimmung dessen, was für uns gut ist, in den Grenzen, die individuelle Rechte, Fairness und Gerechtigkeit ziehen. Gerechtigkeit als höchste politische Tugend integriert dabei, wie wir im ersten Kapitel gesehen haben, Freiheit, Gleichheit und kollektive Rationalität. Die deliberative Praxis bewährt sich in der Kommune in dem steten Fluss von politischen Kommunikationen innerhalb und außerhalb politischer Institutionen.

Dies erfordert eine möglichst weitgehende *Transparenz des Verwaltungshandelns*, was unterdessen auch durch gesetzliche Vorgaben gestützt ist, vor allem aber die kommunikative Offenheit der Räte, Bezirksausschüsse und der kommunalen Ressorts für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Bislang werden die Potenziale digitaler Information und Kommunikation dafür nur unzureichend genutzt. So lassen sich Stadtviertel-Entwicklungen und -Projekte in unterschiedlichen Szenarien visualisieren und virtuell begehbar machen. *Es ist der Lebensraum der Einwohner einer Kommune, der gestaltet wird: Baukörper wirken auf Lebensformen ein und umgekehrt.*

Transparenz und Partizipation können nicht lediglich dadurch gesichert werden, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt die kommunalen Planungen zur Stadtentwicklung der Öffentlichkeit vorgestellt werden, möglicherweise zu einem Zeitpunkt,

zu dem fundamentale Änderungen gar nicht mehr möglich sind oder nur zu gigantischen Kosten realisiert werden könnten, wie es bei Stuttgart 21 der Fall war. Vielmehr gilt es, die Planungen in Gestalt unterschiedlicher Szenarien einer zukünftigen Stadt-, Stadtviertel- oder Dorf-Entwicklung zu präsentieren, sodass sich die Bürgerschaft ein Bild unterschiedlich denkbarer baulicher Strukturen ihrer kommunalen Lebensform machen kann.

Es gibt digitale Plattformen, die nicht nur Information und Reaktion ermöglichen, sondern auch den deliberativen Prozess der Abwägung von Gründen pro und contra visualisieren. *Bürgerinnen und Bürger können so zu Akteuren im virtuellen Raum zukünftiger kommunaler Entwicklungen werden, ihre Erfahrungen, Interessen, ihre Zukunftserwartungen einbringen und mit anderen austauschen. Die lebensweltliche Kompetenz, die in der Kommunalpolitik von besonderer Relevanz ist, kann so abgerufen und einbezogen werden.*

---

➔ **Man darf sich eine partizipative Kommunaldemokratie, die von einer vitalen Zivilkultur profitiert, nicht als in-group derjenigen vorstellen, die sich am Austausch beteiligen.**

---

Mehr Partizipation beinhaltet auch ein Risiko, nämlich die Transformation einer inklusiven Demokratie zu einer Beteiligten-Politik. Wenn lediglich diejenigen mit ihren Erfahrungen, Interessen und Perspektiven berücksichtigt werden, die sich artikulieren und die sich an den Deliberationsprozessen beteiligen, würden viele, denen dafür die Zeit oder die Bildung fehlt, zu kurz kommen. Man darf sich eine *partizipative Kommunaldemokratie*, die von einer vitalen Zivilkultur profitiert, nicht als in-group derjenigen vorstellen, die sich am Austausch online und offline beteiligen. Die Kommunalverwaltungen sind gesetzlich dazu verpflichtet,

einen fairen Interessenausgleich herzustellen, und das muss diejenigen Interessen einbeziehen, die sich im Prozess selbst nicht artikulieren.

Die Vitalisierung der Demokratie in der Kommune darf nicht zu einem Distanzverlust führen und institutionelle Verantwortungsstrukturen auflösen. Der gegenwärtige Trend, individuelle Verantwortung an informelle Gruppen und Gemeinschaften zu delegieren, kann zu einem Verlust demokratischer Kontrolle und politischer Gleichbehandlung führen. Auch die partizipative Kommunaldemokratie bleibt an Recht und Gesetz gebunden, sie akzeptiert die politische Verantwortung, die nur unter den Bedingungen von Weisungsbefugnis und Weisungsunterstellung möglich ist, sie respektiert die von der Bürgerschaft gewählten obersten Stadtrepräsentanten und Ratsmitglieder und ist auf den Interessenausgleich in der Bürgerschaft verpflichtet, unabhängig davon, ob diese Interessen jeweils von den Betroffenen artikuliert werden.

## 4.2 Kulturelle Praxis in der Kommune

Wenn man das politische Wirken einer Kommune lediglich als Deckung unterschiedlicher Bedürfnisse ansieht, dann verfehlt sie ihren *Integrationsauftrag*. Die jeweilige urbane Gesellschaft darf man sich nicht als Addition von Partialgesellschaften vorstellen aus Gründen, die wir im ersten Kapitel erörtert haben. Die Stadtgesellschaft ist etwas Neues, das aus den partialen kollektiven Identitäten erwachsen, diese überwölben und relativieren muss. Die Kulturpraxis einer Kommune hat deswegen Orte der Begegnung von Menschen unterschiedlicher Partialkulturen zu erschaffen, die die notwendige kulturelle Transzendenz in der Demokratie fördern.

Beliebte Kristallisationspunkte sind Industriebrachen, die in ihrer baulichen Gestalt weitgehend erhalten werden sollen, die oft unter Denkmalschutz stehen und die sich als Zentren interkultureller Begegnung im Stadtviertel anbieten. *Im Idealfall geht die Initiative nicht von der kommunalen Verwaltung aus, sondern von der Bürgerschaft vor Ort.* Sie setzt sich für den Erhalt einer Halle, die noch vor wenigen Jahren oder Jahrzehnten für

industrielle oder gewerbliche Zwecke genutzt wurde, ein und verbindet dies mit der Perspektive einer kulturellen Nutzung. Die Stadtverwaltung ist dagegen oft daran interessiert, solche Areale, besonders in dicht besiedelten Gebieten, der Wohnbebauung oder der kommerziellen Nutzung zuzuführen. Dieser in vielen Fällen charakteristische Konflikt zwischen örtlichem Engagement und einem entgegenstehenden kommunalen Verwertungsinteresse kann zur Identifikation der Bürgerschaft mit diesem Ort führen und im Erfolgsfall zu einem vitalen Zentrum interkultureller Begegnung. Sogenannte Trägervereine, die dann von städtischer Seite mit einer minimalen finanziellen und institutionellen Ausstattung versehen werden, sind für die Weiterentwicklung solcher Kulturorte besonders geeignet. In den Trägervereinen kommen Interessierte vor Ort zusammen, im günstigen Fall repräsentieren sie unterschiedliche Teile der örtlichen Bevölkerung und organisieren das Konzept und die Veranstaltungen in eigener Regie, eventuell unterstützt von einer Geschäftsführerin, die auch von der Stadt bezahlt sein kann. Ein Programmzuschuss ermöglicht eine Verstetigung der Aktivitäten und verhindert die Verstaatlichung des kulturellen Engagements vor Ort.

---

↳ **Die urbanen Gesellschaften der Zukunft sind darauf angewiesen, dass über die jeweiligen partikularen Zugehörigkeiten hinaus eine vitale Bürgerschaft entsteht, die Neuankömmlingen Identifikation ermöglicht und Ortsansässigen eine Heimat ist.**

---

Das aus Skandinavien kommende Konzept der Bürgerhäuser, in der Verwaltungseinheiten und kulturelle Aktivitäten zusammengeführt werden, hat den Nachteil, dass sich die örtliche Bevölkerung mit diesen Angeboten meist weniger identifiziert und die Verbindung von Verwaltung und Kultur nicht

immer glücklich ist. Solche größeren Institutionen in staatlicher Verwaltung haben den Vorteil einer institutionellen und finanziellen Absicherung, aber den Nachteil, dass die konkrete Gestaltung des kulturellen Orts nicht in den Händen der örtlichen Bürgerschaft liegt, sondern in denen der Verwaltung; die örtlichen Interessen kommen dann in Gestalt von Anträgen an die Kommunalverwaltung zur Sprache. Zudem kosten Bürgerhäuser dieses Typs in der Regel ein Vielfaches von kleineren Selbstverwaltungseinrichtungen, die sich in hohem Maße auf zivilgesellschaftliches Engagement stützen. Es ist gerade die Notwendigkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement, die den Erfolg solcher kulturellen Orte trägt.

---

↳ **Die kulturelle Praxis in den Kommunen sollte Demokratie als Interaktion und Kooperation verstehen und einen Paradigmenwechsel weg von der Befriedigung der Bedürfnisse Einzelner realisieren.**

---

Allerdings gehen mit diesem Konzept auch Gefahren einher. Die Beteiligendemokratie kann eine Ausschließungswirkung haben, d. h. diejenigen, die nicht von Anfang an dabei waren oder die eventuell viele Jahre des ehrenamtlichen Engagements eingebracht haben, bleiben außen vor und sind dann lediglich als Bittsteller präsent. Schlimmer noch, in manchen Fällen transformiert sich eine erfolgreiche Bürgerinitiative für den Erhalt einer Industriebrache für die kulturelle Praxis in eine kulturell und sozial homogene Gruppe von Aktiven, die zum Beispiel wegen ihres akademischen Hintergrunds oder ihren politischen Grundeinstellungen Einflussnahmen aus anderen sozialen und kulturellen Milieus, insbesondere auch migrantischer Milieus, bewusst oder unbewusst abwehrt. Die Kommunalpolitik muss ein Auge darauf haben, dass solche Fehlentwicklungen

nicht eintreten, und gegebenenfalls korrigierend eingreifen. Das Mittel des Eingriffs ist die Zuschussvergabe, über die die Kommunalverwaltung steuernd tätig werden kann, sie kann auch Auflagen formulieren, die für die Förderungswürdigkeit zu beachten sind.

Eine besondere Herausforderung für dieses Konzept kommunaler kultureller Praxis ist der zunehmende Verwertungsdruck, vornehmlich in größeren Kommunen. Solche Orte, zum Beispiel stillgelegte Kasernen, werden zunächst als Bauten erhalten und erlauben ihre Nutzung für Atelierräume, Initiativen und kleinere Unternehmen, auch solche, die man heute als Start-ups bezeichnet. Die Mischung aus Kunst, politischem Engagement und ökonomischen Projekten macht solche Areale dann rasch interessant, man trifft sich zu Atelierbesuchen, zu Stadtviertel-Festen, zu Kulturveranstaltungen und zugleich setzt schleichend das ein, was als „Gentrifizierung“ bezeichnet wird. Damit ist gemeint, dass solche Areale für junge aufstrebende, dann zunehmend kaufkräftige Mieterinnen und Mieter attraktiv werden, die die oft chaotischen Verhältnisse auf dem Areal akzeptieren können, die die kulturelle Vielfalt schätzen, die aber zugleich dazu beitragen, dass die ursprünglichen Nutzungs-ideen in den Hintergrund treten und kommerzielle Verwertungsinteressen auch vonseiten der Kommune immer stärker werden. In anderen Fällen werden Gebäude, die für bestimmte Nutzungen kaum geeignet sind, von örtlichen Initiativen, Künstlergruppen, Kulturinitiativen etc. besetzt und ein Tauziehen zwischen Kommunalverwaltung und Nutzern setzt ein, wobei das öffentliche Interesse an diesem Ort am Ende meist den Ausschlag gibt, ob er erhalten werden kann. So entstehen manchmal Provisorien, die über Jahrzehnte Bestand haben, obwohl sie nur für eine kurze Übergangsfrist bis zu einem Abriss und einer Neubebauung etwa für Mietwohnungen oder für gewerbliche Nutzung gedacht waren. Gebäude, von denen die Verwaltungen behaupten, sie seien baufällig und nicht mehr zu renovieren, werden am Ende doch erhalten, und der Charme alter Industriebrachen, Fabrikhallen, Umspannwerke oder Stauwehre prägt den jeweiligen Ort kultureller Praxis auf Dauer.

Die kulturelle Praxis in den Kommunen sollte Demokratie als Interaktion und Kooperation verstehen und insofern einen Paradigmenwechsel weg von der Befriedigung vermuteter Bedürfnisse von Einzelnen oder Gruppen im jeweiligen Stadtviertel, und hin zur Schaffung von Orten der Begegnung und des Austausches realisieren. Entgegen einer in der Kulturpolitik weitverbreiteten Rhetorik kann von einem vollzogenen Paradigmenwechsel in diese Richtung bisher nicht die Rede sein. Die urbanen Gesellschaften der Zukunft sind jedoch darauf angewiesen, dass über die jeweiligen partikularen Zugehörigkeiten und Zuschreibungen hinaus eine vitale Bürgerschaft entsteht, die Neuankömmlingen Identifikation ermöglicht und Ortsansässigen eine Heimat ist. Kulturelle Transzendenz stellt sich in der Begegnung unterschiedlich geprägter Individuen ein, unabhängig ob diese Diversität durch regionale Herkunft, kulturelle Prägung, partikulare Lebensformen oder Weltanschauungen bestimmt ist. Es sind nicht primär die Interessen von Gruppen zu befriedigen, die oft gut organisiert und im öffentlichen Auftreten geschult sind, vielmehr geht es um das gemeinsame Interesse der Stadtgesellschaft an einer inklusiven Interaktion und Kooperation vor Ort.

#### 4.3 Zivilkultur in der Kommune

Eine demokratische Bürgerschaft ist mehr als die bloße Addition von Individual- oder Gruppeninteressen. Sie konstituiert sich durch die Bereitschaft, sich an dem zu orientieren, was für die Bürgerschaft als Ganze gut ist. Ohne Gemeinwohlorientierung keine demokratische Praxis.

Während diese Charakterisierungen für den Nationalstaat abstrakte Prinzipien bleiben, die nur im Ausnahmefall die Lebensform der Bürgerinnen und Bürger prägen, ist das in den Kommunen anders. Hier verbindet sich das politische Gefühl der Zugehörigkeit mit den alltäglichen Erfahrungen. Menschen begegnen sich in dem Viertel, in dem sie wohnen, an Orten, wo sie ein gemeinsames Interesse zusammenbringt, Sport, gesellige Aktivitäten, Kulturveranstaltungen, Einkauf, Behördengänge,

in einem Café, auf der Parkbank etc. Damit sich diese sozialen Aktivitäten, die wesentlich zur Zivilkultur in der Demokratie gehören, entfalten können, sind jedoch geteilte Regeln der Interaktion, Kommunikation und schließlich – anspruchsvoller – der Kooperation erforderlich. Diese ergeben sich weder aus dem Überlappungsbereich von Partialkulturen noch aus ihrer Addition.

Das, was in homogenen kulturellen Gemeinschaften als etwas Selbstverständliches nie thematisiert wird oder was als unverfügbar gilt und keiner weiteren Erörterung bedarf, wird nun thematisch. Es ist die mangelnde Kohärenz unterschiedlicher Praktiken von Kommunikation und Interaktion, die zu Klärungen zwingt. Nur in den seltensten Fällen dürfen sich diese gegen das Proprium, das Eigene einzelner Gruppenidentitäten richten, sondern müssen mit ihnen, soweit es geht, kompatibel sein. Zugleich aber transzendiert die notwendige Reflexion die eigenen kulturellen Prägungen und schafft eine neue, eben bürgerschaftliche oder republikanische Identität, eine Zugehörigkeit zu einer politisch verfassten Gemeinschaft.

---

↳ **Die sich Assimilierenden ändern diejenigen, an die sie sich assimilieren. In der Popkultur ist daraus eine interessante neue Strömung entstanden.**

---

Die Wege zu diesem Ziel sind unterschiedlich. Dort, wo eine Mehrheitskultur vital und integrationsoffen ist, ist die Assimilation von Minderheitenkulturen, seien sie autochthon oder durch Zuwanderung entstanden, charakteristisch. Die Aufnahmebereitschaft der Mehrheitskultur und die Toleranz der Angehörigen der Mehrheitskultur gegenüber abweichenden Lebensformen ist für diesen Weg Voraussetzung. Aber umgekehrt gehört ebenso die Bereitschaft der Angehörigen von Minderheitenkulturen dazu, sich auf die Spezifika der neuen kulturellen Umgebung einzulassen, dazuzulernen, gegebenenfalls erst hinreichende Sprachkenntnisse

zu erwerben, um sich am Ende bei allen verbleibenden Differenzen zugehörig fühlen zu können. Dies erklärt die Empfindlichkeit gerade derjenigen, die diesen Weg der Assimilation gegangen sind, wenn sie wegen äußerer Merkmale oder sprachlicher Varianten nach ihrer Herkunft gefragt werden, obwohl sie in der zweiten oder gar dritten Generation in dem betreffenden Land leben, das nicht das Land ihrer Vorfahren ist.

Der Weg der Assimilation beinhaltet in der Regel einen Generationenkonflikt zwischen denjenigen, die zugewandert sind, und ihren Kindern, die in der neuen kulturellen Umgebung geboren werden und aufwachsen. Diese haben meist keinerlei sprachliche Verständigungsschwierigkeiten, sie verstehen ihre Herkunftskultur hingegen oft nur vermittelt über die Erklärungen ihrer Eltern, manche sprechen die Muttersprache ihrer Eltern nur noch unzureichend. Die zweite Generation hat schon die vollständige Expertise der Zugehörigkeit, die der ersten Generation fehlt und die sie auch im Laufe ihres Lebens nicht mehr nachholen kann.

---

↳ **Es kann keine unterschiedliche partikulare Identitäten überwältigende Praxis der Kommunikation und Interaktion geben ohne einen gemeinsamen Bestand an Normen.**

---

Erziehungswissenschaftler haben darauf hingewiesen, dass diese Besonderheit ein Spezifikum der US-amerikanischen elterlichen Bildungspraxis erklärt. Da diese in der neuen Kultur oft unzureichend bewandert waren, während ihre Kinder darin aufwuchsen, war deren Autorität mangels Kompetenzzuschreibung beschränkt. Die Erziehungspraxis greift in dieser Situation zum Mittel des Beifalls statt der Anleitung. Die Eltern bewundern ihre Kinder dafür, das zu können, was sie selbst nur unzureichend beherrschen. Ein Phänomen, das in Phasen dynamischer technologisch-kultureller Veränderungen auch in heimischen

Mehrheitskulturen zunehmend zu beobachten ist. Die *Digital Natives* unterrichten ihre Eltern und Großeltern im Umgang mit den neuen technologischen Möglichkeiten und mokieren sich über deren Ungeschicklichkeit und Langsamkeit, die in diesem Bereich keinerlei Autorität beanspruchen können.

Aber wie die jüngste Geschichte nicht nur Nordamerikas, sondern auch Westeuropas zeigt, ist der Weg der Assimilation ambivalent. Er kann nur so lange funktionieren, wie die Mehrheitskultur eine Haltung des Willkommens zeigt, der Offenheit für das neu zu Integrierende sowie der Bereitschaft, Irritationen, auch Veränderungen, anzunehmen. Assimilation ist nie eine Einbahnstraße. Die sich Assimilierenden ändern diejenigen, an die sie sich assimilieren. In Deutschland ist durch diese gegenseitige Assimilation in der Popkultur eine interessante neue Strömung entstanden. Junge Rapperinnen und Rapper aus dem gutbürgerlichen Milieu eignen sich den Slang und Duktus der Rapperinnen und Rapper mit Migrationshintergrund an, wie etwa Kollegah, Abiturland und Jurastudent, oder Philipp Dammann, Rapper der Hip-Hop-Formation Creutzfeld & Jakob, leitender Oberarzt für Neurochirurgie und Intensivmedizin am Universitätsklinikum Essen.

Oft kommt gerade in der zweiten und dritten Generation das Bedürfnis auf, das Eigene zu wahren, das allerdings durch das Leben in einem Land mit einer anderen Mehrheitskultur nicht mehr unmittelbar zugänglich ist. Die sogenannten Deutsch-Türken, die nach ihrem Arbeitsleben in die Türkei zurückkehren, kennen dieses Phänomen, dass sie dann im ursprünglich eigenen Land als Fremde empfunden werden und sich selbst als fremd fühlen. Die Suche nach den eigenen Wurzeln wird wichtiger, gerade dann, wenn die Integration nicht gelingt und sich dies durch mangelnden Erfolg auf den Bildungswegen und auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Oft ist die Elterngeneration enttäuscht, wenn sie sieht, wie sich die Kinder von ihrem eigenen Weg der Integration und Assimilation abwenden. Das Gefühl, nicht vollständig angenommen worden zu sein, diskriminiert zu werden, Zugänge verschlossen zu sehen, schlägt in Abgrenzung und in manchen Fällen in Aggression um.

Das ist es, was die Debatte um eine „deutsche Leitkultur“ so problematisch macht. Sie erweckt zwangsläufig den Eindruck, dass Neuankömmlinge mit anderen kulturellen Prägungen nicht willkommen sind oder es nur dann sind, wenn sie sich vollständig und rasch assimilieren. Die mit Migration ohnehin einhergehenden psychischen Belastungen, der Verlust von Familienbindungen, die Anpassung an unvertraute Bedingungen, die anderen Gewohnheiten und Gebräuche werden dadurch in toto zu einem Standard, der das Unangepasste abstößt und damit diskriminiert.

Das, was allerdings eingefordert werden kann und muss, ist die Einpassung in die demokratische Zivilkultur. Es kann keine unterschiedliche partikuläre Identitäten überwölbende und transzendierende Praxis der Kommunikation und Interaktion geben, ohne einen gemeinsamen Bestand an Normen, die den zivilen Umgang miteinander sichern und die auf der Idee des gleichen Respekts und der gleichen Anerkennung, der individuellen Freiheit und der Autorschaft des eigenen Lebens beruhen.

---

➔ **Durch Nachgiebigkeit werden die Feinde demokratischer Zivilkultur in ihrer Verachtung gegenüber liberalem Gewährenlassen und kultureller Toleranz nur bestärkt.**

---

Wie im ersten Kapitel gezeigt, hat die Demokratie eine lange geistige und kulturelle Vorgeschichte. Zur geistigen gehören die antiken und modernen politischen Entwürfe im Geiste der Aufklärung, zu den kulturellen die langsam wachsende Zivilität und die sich langsam etablierende Trennung des Öffentlichen und des Privaten; auch der Rückgang der Gewaltneigung in den urbanen Gesellschaften der Neuzeit gehört dazu. Wenn Menschen aus Bürgerkriegsgebieten oder aus Regionen mit einer höheren Gewaltprävalenz und starker Identifikation mit lokalen oder Religionsgemeinschaften, bei

scharfer Abgrenzung gegenüber Andersgläubigen und Anderslebenden, ihren Wohnort wechseln, heißt dies nicht, dass sie diese kulturelle Prägung von heute auf morgen ablegen. Das, was in vielen Regionen der Welt sich über Jahrzehnte, gar Jahrhunderte als Bedingung einer demokratischen Ordnung erst entwickeln musste – das gilt für die moderne europäische Demokratie ebenso wie für die antike griechische –, muss dann im Zeitraffer nachgeholt werden, und das ist weder für die aufnehmende Gesellschaft noch für die Zugewanderten friktionsfrei zu realisieren. Wer die Thematisierung solcher Probleme als eine Form des Rassismus zu diskreditieren versucht, gefährdet die Zivilkultur der Demokratie.

Wenn teilweise in Reaktion auf diese Friktionen Jugendkulturen und politische Bewegungen entstehen, die von aggressiver Ablehnung gegen alles „Fremde“ zusammengehalten werden, die eine nationale oder auch europäische Identität bedroht sehen, die die eigene Verunsicherung in Ideologien eigener Überlegenheit transformieren und diese

gar zur Rechtfertigung von Diffamierung und Aggressionen gegen Zugewanderte oder anders Lebende heranziehen, ist eine Haltung des toleranten Verständnisses und des erzieherischen Langmuts unpassend. Durch Nachgiebigkeit werden die Feinde demokratischer Zivilkultur in ihrer Verachtung gegenüber liberalem Gewährenlassen und kultureller Toleranz nur bestärkt. Wenn die demokratische Zivilkultur durch autochthone oder zugewanderte demokratiefeindliche Praktiken und Kulturen gefährdet ist, sollte sie kompromisslos von Anbeginn verteidigt werden, auch mit den rechtsstaatlich zulässigen Mitteln der Repression. Die Geschichte des Terrorismus zeigt, dass bei Demokratiefeinden eine Praxis der Verständnisbereitschaft, der toleranten Duldung und des Zuwartens die Illusion fördert, man habe es mit einem schwachen Gegner zu tun. Die Demokratie ist stark, weil und insoweit sie den Menschen Urteilskraft und Selbstbestimmung zutraut und Respekt und Kooperationsbereitschaft einfordert. 

# 5 Forderungen für die (Kommunal-)Politik

1. Ohne die Zivilkultur des Respekts gibt es keine vitale und substanzielle Demokratie.
2. In der kommunalen Demokratie geht es um kollektive Selbstbestimmung der Gleichen und Freien, um die Bestimmung dessen, was für uns gut ist; hierbei gelten die Grenzen, die individuelle Rechte, Fairness und Gerechtigkeit ziehen. Die deliberative Praxis bewährt sich in der Kommune in den politischen Kommunikationen innerhalb und außerhalb staatlicher Institutionen.
3. Während einerseits mehr Partizipation an den kommunalen Entscheidungsfindungsprozessen wünschenswert ist, ist andererseits darauf zu achten, dass die institutionellen Verantwortungsstrukturen nicht aufgeweicht werden.
4. Die kommunalen Gesellschaften der Zukunft sind darauf angewiesen, dass über die jeweiligen partikularen Zugehörigkeiten hinaus eine vitale Bürgerschaft entsteht, die Neuankömmlingen Identifikation ermöglicht und Ortsansässigen eine Heimat ist. Kulturelle Transzendenz stellt sich in der Begegnung unterschiedlich geprägter Individuen ein, unabhängig von Herkunft, kultureller Prägung, partikularer Lebensformen oder Weltanschauungen.
5. Es muss einen gemeinsamen Bestand an Normen geben, die den zivilen Umgang miteinander sichern und die auf der Idee des gleichen Respekts und der gleichen Anerkennung, der individuellen Freiheit und der Autorschaft des eigenen Lebens beruhen.
6. Eine vitale Zivilkultur in der Demokratie traut den Bürgerinnen und Bürgern Urteilskraft und Selbstbestimmung zu und fordert Respekt und Kooperationsbereitschaft ein. ↗

## Literaturhinweise zur Thematik der Studie

---

**Almond, Gabriel A. and Sidney Verba: *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press 1963.**

Die Studie zur Zivilkultur von Gabriel Almond und Sidney Verba ist ein faszinierendes Beispiel dafür, wie sich politische Ereignisse und intellektuelle Strömungen verbinden, um einen bedeutenden Bestand an Politikwissenschaft hervorzubringen. Eine wesentliche Triebkraft für die Autoren war die Geschichte der totalitären Tendenzen des 20. Jahrhunderts in Deutschland, Russland und Italien.

**Altman, David: *Direct Democracy Worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press 2010.**  
„Direct Democracy Worldwide“ stellt die gängige

Annahme infrage, dass Modelle der direkten Demokratie und der repräsentativen Demokratie zwangsläufig in Widerspruch zueinander stehen.

**Elstub, Stephen and Oliver Escobar, eds.: *Handbook of democratic innovation and governance*. Edward Elgar Publishing 2019.**

Demokratische Innovationen breiten sich in Politik, Governance, Politik und öffentlicher Verwaltung aus. Diese neuen Prozesse der öffentlichen Partizipation stellen die Beziehung zwischen Bürgern und Institutionen neu dar.

Dieses Handbuch fördert das Verständnis für demokratische Innovationen in Theorie und Praxis, indem es deren Bedeutung in der ganzen Welt kritisch untersucht. Der Schwerpunkt liegt auf den

Bürgern und ihrer Beziehung zu diesen Innovationen und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die politische Gleichheit. Das Handbuch bietet einen Überblick über die bestehende Forschung zu demokratischen Innovationen und legt gleichzeitig die Agenda für zukünftige Forschung und Praxis fest.

**Frick, Marie-Louisa: *Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft*. Ditzingen/ Stuttgart: Reclam 2017.**

Konflikte gehören zum Wesen der Politik, und Strategien erfolgreicher Konfliktlösungen charakterisieren die politische Arbeit. Dabei kann der Zwang zum Konsens das Politische verfehlen. Deshalb fragt eine Ethik des politischen Konflikts nicht nur danach, wie Konflikte „gelöst“, sondern wie sie ausgetragen werden können: Wie darf man mit einem politischen Gegner umgehen? Wie weit soll Meinungsfreiheit reichen in Zeiten von *Hate Speech* und politischer Korrektheit? Was bedeutet es, die Demokratie wehrhaft zu gestalten? Was schulden demokratische Mehrheiten einer Minorität? Diese Fragen und andere sind von hoher Relevanz für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

**Friedman, Michel: *Streiten? Unbedingt! Ein persönliches Plädoyer*. Mannheim: Duden 2021.**

„Der Streit ist wunderbar, herausfordernd, schmerzhaft, anstrengend, hoffnungsvoll, kränkend, sinnlich, leidenschaftlich, still und leise, laut und brüllend, kognitiv und emotional – und hört nie auf.“ Sollen wir streiten? Wohin führt das? Und warum streiten wir Deutsche anders als beispielsweise die Franzosen? Michel Friedmans Buch ist ein starkes Plädoyer für das Streiten mit den anderen über die Dinge, die uns wichtig sind. Denn nur Streiten bringt uns weiter.

**Manow, Philip: *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp 2020.**

Der Demokratie droht heute nur noch Gefahr von ihr selbst. Unsere Lage, so die These Philip Manows, ist von der gleichzeitigen Demokratisierung und Ent-Demokratisierung der Demokratie gekennzeichnet. Es ist die drastische Ausweitung von

Partizipationschancen, die im Zentrum der Krise politischer Repräsentation steht. Diese Krise aber transformiert den Streit *in* der Demokratie zu einem Streit *über* die Demokratie – der ist jedoch demokratisch nicht zu führen.

**Meinel, Florian: *Vertrauensfrage. Zur Krise des heutigen Parlamentarismus*. München: C.H.Beck 2019.**

Die Rückkehr autoritärer Politik stellt die politische Sicherheit der Bundesrepublik infrage. Das Ende der alten Rivalität zwischen Volksparteien betrifft alle Verfassungsinstitutionen. Heute scheint disruptive Politik ohne Parlament zu funktionieren. Florian Meinels Verteidigung des Parlamentarismus ist zugleich eine verfassungsrechtliche Verlustbilanz der Großen Koalition.

**Nanz, Patrizia und Miriam Fritsche: *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2012.**

Das Handbuch gibt einen guten Überblick über alle Formen der partizipativen bzw. deliberativen Demokratie. Es will potenziellen Anbieterinnen und Anbietern sowie Förderern von Beteiligung – Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Verwaltungen, Trägerinnen und Trägern von politischen Mandaten, aber auch potenziellen Sponsorinnen und Sponsoren – die Scheu vor partizipativen Ansätzen nehmen und etwaige Berührungspunkte durch ausgewogenes Wissen ersetzen.

**Nida-Rümelin, Julian: *Die gefährdete Rationalität der Demokratie*. Hamburg: Edition Körber 2020.**

Julian Nida-Rümelin analysiert, was Demokratie leisten kann, und identifiziert konzeptionelle Defizite, die sich in der aktuellen Krise zu einer Bedrohung auswachsen. Der Philosoph und politische Intellektuelle ist überzeugt: Die Klärung eines angemessenen (Selbst-)Verständnisses von Demokratie stärkt diese nach wie vor unübertroffene Regierungsform. Und sie ist die Voraussetzung dafür, die Herausforderungen der Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform zu bewältigen. Der Autor schafft die dazu dringend benötigten Grundlagen.

**Roberts, Cindy Ricarda und Alexander Filipović:** *Deliberation als Streitkultur? (Un-)Möglichkeiten der Deliberationstheorie in digitalen Zeiten.* In: *Streitkulturen.* Baden-Baden: Nomos 2022, S. 133–148.

Digitale Formen und Formationen der Kommunikation stellen neue Herausforderungen an die Kultur der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Die von Jürgen Habermas formulierten Forderungen nach Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit im demokratischen Diskurs scheinen im öffentlichen Raum an Relevanz verloren zu haben. Vor diesem Hintergrund untersucht der Band das Thema „Streitkultur“ mit Blick auf die Geschichte, Gegenwart und Zukunft des öffentlichen und demokratischen Diskurses: Wie wurden Streitigkeiten geführt? Wie werden Streitigkeiten ausgeglichen? Wie könnten und sollten Streitigkeiten ausgeglichen werden? In einer interdisziplinären Diskussion untersucht der Band, unter welchen Bedingungen und auf welche Weise unter veränderten Medienbedingungen eine verständigungsorientierte, tolerante und demokratische Kommunikation aus kommunikations- und medienethischer Perspektive gestaltet werden kann, um Konflikte konstruktiv zu bearbeiten.

**Rohrschneider, Robert and Jacques Thomassen, eds.:** *The Oxford Handbook of Political Representation in Liberal Democracies.* Oxford: Oxford University Press 2020.

Die Autoren untersuchen verschiedene Herausforderungen, denen sich das System der Repräsentation in modernen Demokratien gegenübergestellt

sieht. So sehen sich beispielsweise Akteure wie Parteien und etablierte Eliten mit einem wachsenden Misstrauen der Wählerschaft konfrontiert. Auch die Zunahme internationaler Probleme wie Migration und Umweltschutz deutet darauf hin, dass sich der Fokus der Demokratien auf die Nationalstaaten verstärkt auf eine internationale Ebene verlagern muss. Das Handbuch beleuchtet die normativen und funktionalen Herausforderungen, mit denen repräsentative Institutionen in liberalen Demokratien konfrontiert sind.

**Strachwitz, Rupert Graf, Eckhard Priller und Benjamin Triebe:** *Handbuch Zivilgesellschaft.* Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg 2020.

Vermittelt werden Grundlagen, Strömungen, Diskurse und Verknüpfungsansätze der Zivilgesellschaft und wie diese eingeordnet und theoretisch begründet werden können. Dazu werden die maßgeblichen Autoren mit ihren Kernaussagen vorgestellt und die Diskurse und Forschungslinien beleuchtet, die die Theoriebildung und Praxisentwicklung zur Zivilgesellschaft bestimmt haben. Das Handbuch bietet eine kompakte Übersicht zu den wichtigsten Traditionslinien, Theorien, Diskursen, empirischen Zugängen und Entwicklungen der Zivilgesellschaft, sowohl national als auch international. ↩

# Endnoten

## 1 Zivilkultur in der Demokratie: Historische Hintergründe

---

- 1 Quelle: Deutscher Bundestag:  
<https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/R/rechtsstaat-245518#:~:text=In%20einem%20Rechtsstaat%20haben%20die,an%20die%20verfassungsm%C3%A4%C3%9Fige%20Ordnung%20gebunden.>
- 2 Vgl. Armin Schäfer und Michael Zürn: *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp 2021.

## 2 Zivilkultur in der Demokratie: Systematische Analyse

---

- 3 Vgl. dazu: *Mehr Respekt, bitte!*, Körber-Stiftung:  
[https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/16872/mehr\\_respekt\\_bitte.pdf](https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/16872/mehr_respekt_bitte.pdf)

## 3 Aktuelle Tendenzen

---

- 4 Vgl. dazu auch Schubert, Klaus/Martina Klein:  
*Das Politiklexikon*. 7., aktual. u. erw. Aufl., Bonn: Dietz 2020.  
Lizenz Ausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- 5 Quelle: Körber-Stiftung: [https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/16872/mehr\\_respekt\\_bitte.pdf](https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/16872/mehr_respekt_bitte.pdf); Körber Forum:  
*Gegenrede: Wozu braucht es Streitkultur?* (2022),  
<https://www.youtube.com/watch?v=HGMSrUutuQ>
- 6 Quelle: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements –  
*Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgerschaft*, <https://dserver.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf> und Luise Burkhardt, Eckhard Priller, Mareike Alscher: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/330252/zivilgesellschaftliches-engagement/>; Mitgliederentwicklung der Parteien, <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138672/mitgliederentwicklung-der-parteien/>
- 7 Vgl. Julian Nida-Rümelin: *Cancel Culture. Ende der Aufklärung? Plädoyer für politische Urteilskraft*. München: Piper 2023; vgl. Susan Neiman: *Links ist nicht gleich woke*. München: Hanser 2023.
- 8 Quelle: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 8., aktual. Aufl., Heidelberg: Springer VS 2021.  
Autor des Artikels: Jörg Bogumil; Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/511469/kommunalpolitik/>

# Biografische Notiz

**Prof. Dr. Dr. h.c. Julian Nida-Rümelin,  
Staatsminister a.D.**

**D**er Verfasser dieses Textes schöpft aus drei Erfahrungsbereichen. Einem Doppelstudium der Physik und der Philosophie, abgeschlossen mit einer Promotion über das Verhältnis von Rationalität und Moral bei dem Wissenschaftstheoretiker Wolfgang Stegmüller, folgte als Habilitationsschrift eine Kritik des Konsequentialismus, sowohl in der Rationalitätstheorie als auch in der Ethik. Über viele Jahre politisch engagiert, übernahm der Verfasser für einige Jahre Ämter in der Kulturpolitik, in München und als Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder. In beiden Ämtern war der Austausch zwischen Politik und Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung. In beiden Ämtern ging es auch um die Stärkung der Demokratie und die Rolle der Kultur und der kulturellen Entwicklung dabei. Die Rückkehr in die *akademia* führte ihn wiederum zunächst in die Politikwissenschaft, als Inhaber eines Lehrstuhls für Philosophie und politische Theorie und als Direktor des Geschwister-Scholl-Instituts in München. Ihn beschäftigten dabei Fragen wie die nach der Rolle von Wahrheitsansprüchen in der Politik und generell die philosophischen Aspekte der Demokratie. Durch einen Auslandsruf ergab sich dann die Möglichkeit, wieder an die philosophische Fakultät zu wechseln und dort einen Lehrstuhl zu übernehmen. Ein Forschungsschwerpunkt blieb die Theorie praktischer Vernunft, die ethischen und politischen Aspekte der technologischen Entwicklung, insbesondere der digitalen Transformation, die demokratiethoretischen Herausforderungen durch die Globalisierung und Internationalisierung sowie die humanistischen Grundlagen der Demokratie und der Zivilgesellschaft.

Die Figur des sogenannten „Public Intellectual“, ein Begriff aus den USA, verlangt beides: Die Anbindung an wissenschaftliche Expertisen und die Fähigkeit, sich einem breiteren Publikum verständlich zu machen, gewissermaßen als Brückenbauer zwischen disziplinärer Expertise und bürgerschaftlichem Engagement. So ist auch diese Studie zu lesen. Sie ist nicht unparteiisch, sie nimmt Partei für die Demokratie, sie erörtert die besonderen Merkmale dieser Staats- und Gesellschaftsform und entwickelt Antworten auf die Frage, wie diese gestärkt werden kann. ↩

# Kommunale Programme der Körber-Stiftung im Bereich Demokratie und Zusammenhalt

**D**emokratie schützen – Menschen beteiligen. Mit eigenen Programmen und in Kooperationen setzen wir uns für eine starke Demokratie und einen guten Zusammenhalt ein. Unser Augenmerk gilt dabei insbesondere dem kommunalen Raum, dort wo vor Ort das Zusammenleben Tag für Tag unmittelbar gestaltet und Demokratie gelebt wird. Hier gilt es, das Funktionieren der Demokratie zu sichern und die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Bewältigung der vielfältiger werdenden Herausforderungen zu verstärken.

Mit Sorge beobachten wir Angriffe gegen kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und eine zunehmend rauere Gesprächs- und Debattenkultur. Mit Initiativen wie *Stark im Amt* oder *Respekt im Rat* leisten wir in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden Beiträge dazu, die repräsentative Demokratie vor Ort widerstandsfähiger gegen Anfeindungen zu machen und Polarisierungen in den kommunalen Räten und Stadtversammlungen entgegenzuwirken.

Ebenso wichtig ist für uns eine niedrigschwellige Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung der Zukunftsaufgaben in ihren Kommunen und Gemeinden. Im Programm *Deutschland besser machen – mit der zukunftsfähigen Stadt* bringen wir sie mit Vertretern von Verwaltung und Politik an einen Tisch, um gemeinsam konkrete Verbesserungen der Lebensqualität zu erreichen. Bei der Initiative *Engagierte Stadt* in Kooperation mit Stiftungen und dem Bundesfamilienministerium ermöglichen wir den teilnehmenden Städten, bessere Bedingungen für Engagement und Ehrenamt aufzubauen und Erfahrungen miteinander auszutauschen.

Unsere Arbeit begleiten wir mit Studien zur Demokratie und zum Zusammenleben vor Ort, führen Konferenzen, Fachgespräche und Workshops durch und beraten Kommunen bei der Stärkung ihrer Resilienz. Dabei lassen wir uns von Grundwerten wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität leiten, die Kurt Körber Zeit seines Lebens besonders wichtig waren. „Sie wieder stärker öffentlich bewusst und glaubwürdig zu machen“ – so sein Credo – „das ist eine wichtige politische Aufgabe.“ 

## Programme:

[www.stark-im-amt.de](http://www.stark-im-amt.de)  
[www.koerber-stiftung.de/projekte/respekt-im-rat/](http://www.koerber-stiftung.de/projekte/respekt-im-rat/)  
[www.deutschlandbessermachen.de](http://www.deutschlandbessermachen.de)  
[www.engagiertestadt.de](http://www.engagiertestadt.de)  
[www.koerber-stiftung.de/projekte/staerkung-der-demokratie/](http://www.koerber-stiftung.de/projekte/staerkung-der-demokratie/)

## Newsletter:

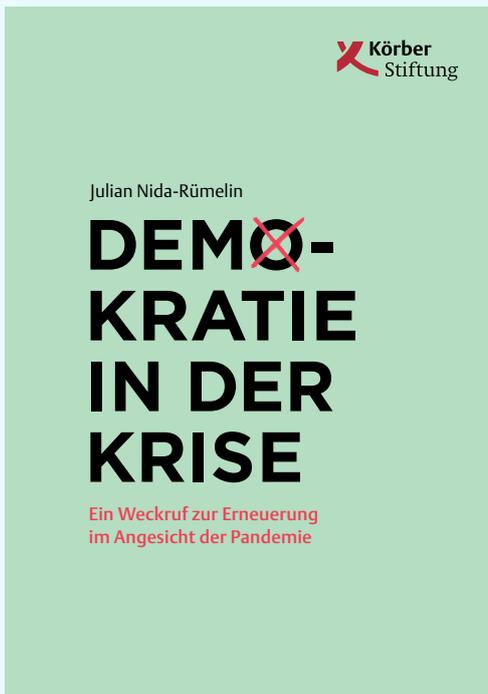
[www.koerber-stiftung.de/newsletter/](http://www.koerber-stiftung.de/newsletter/)



## Demokratie in der digitalen Transformation

Wie gelingt die digitale Transformation und wie kann sie unsere demokratische Praxis bereichern? „Eine gute Praxis der digitalen Transformation der Demokratie stärkt ihre Repräsentativität und ihre Inklusivität. Sie gibt den Bürgerinnen und Bürgern erweiterte Möglichkeiten, sich an der legislativen und exekutiven Praxis zu beteiligen und damit die Demokratie zu stärken“, sagt Julian Nida-Rümelin. Wie die demokratische Praxis durch einen digitalen Humanismus bereichert werden kann, aber auch welche Herausforderungen es dabei zu überwinden gilt, beschreibt er in seinem Essay „Demokratie in der digitalen Transformation“ aus dem Jahr 2022.

Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen werden:  
[Download PDF](#)



## Demokratie in der Krise

Julian Nida-Rümelin, Philosoph und Staatsminister a.D., hat sich gemeinsam mit der Körber-Stiftung gefragt: Wie gehen die Deutschen mit Krisen wie der Corona-Pandemie um? Und welche Gefahren bedrohen derzeit die Demokratie? In seiner Studie „Demokratie in der Krise. Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie“ fordert Nida-Rümelin langfristige Visionen und mehr Beteiligung der Bürger:innen. „Eine Demokratie kann es sich nicht erlauben, größere Minderheiten in Fundamentalopposition, Resignation oder Wut abdriften zu lassen. Wenn solche Entwicklungen mit einem massiven Rationalitätsverlust einhergehen, ist die Demokratie gefährdet“, sagt er.

Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen werden:  
[Download PDF](#)

## **Körper-Stiftung**

Die Körper-Stiftung stellt sich mit ihren operativen Projekten, in ihren Netzwerken und mit Kooperationspartnern aktuellen Herausforderungen in den Handlungsfeldern „Innovation“, „Internationale Verständigung“ und „Lebendige Bürgergesellschaft“.

1959 von dem Unternehmer Kurt A. Körper ins Leben gerufen, ist die Stiftung heute mit eigenen Projekten und Veranstaltungen national und international aktiv. Ihrem Heimatsitz Hamburg fühlt sie sich dabei besonders verbunden; außerdem unterhält sie einen Standort in Berlin.

## **Lebendige Bürgergesellschaft**

Demokratie stärken, den sozialen Zusammenhalt verbessern, den demografischen Wandel gestalten – dafür brauchen wir Gemeinsinn, Teilhabe und Engagement: eine lebendige Bürgergesellschaft. Mit unseren Programmen, Netzwerken und Veranstaltungen unterstützen wir Menschen, die sich über die Zukunft des Zusammenlebens, über Integration und gutes Altern verständigen und der Demokratie Impulse geben. So fördern wir zum Beispiel den Gründergeist der Älteren oder geben Menschen im Exil eine Stimme. Die kommunale Nachbarschaft sehen wir als den zentralen Ort für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb betreiben wir ein eigenes Kultur- und Begegnungszentrum für Ältere und begleiten lokale Akteure auf ihrem Weg zur demografiefesten Stadt. Wir diskutieren in Expertennetzwerken, führen aber auch öffentliche Debatten, denn unsere Gesellschaft braucht die Beteiligung aller.

## **Körper-Stiftung**

Kehrwieder 12  
20457 Hamburg  
Telefon +49 40 80 81 92 - 168  
E-Mail [dez@koerber-stiftung.de](mailto:dez@koerber-stiftung.de)  
[www.koerber-stiftung.de](http://www.koerber-stiftung.de)

## **Impressum**

„Die Rolle der Zivilkultur in der Demokratie“, eine Studie von Julian Nida-Rümelin im Auftrag der Körper-Stiftung, 2023  
Herausgeber: Körper-Stiftung, Hamburg  
V. i. S. d. P. : Lothar Dittmer  
Redaktion: Dorothea Winter, Niina Zuber, Hannes Hasenpatt  
Lektorat: Werner Irro | [wortinstitut.de](http://wortinstitut.de)  
Gestaltung: GROOTHUIS.DE

© Körper-Stiftung 2023